

Wer zahlt für die Krise?



- 4/5** Der große Raub
- 8/9** Zukunft der Banken
Sozialisierung unerlässlich
- 13** Hickhack um
Transparenzdatenbank
- 14** Arbeitnehmer
„stark vernachlässigt“
- 16** Wie ein Hamster
im Laufrad
- 19** Druck auf Personal
wächst

Budgetsanierung als nächster Raubzug

Die Lohnabhängigen zahlen mehrfach für die Krise: Zuerst durch Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen und Verlusten bei der aufgezungenen Pensionsvorsorge am Kapitalmarkt. Dann mit ihren Steuergeldern für die Milliardenpakete für Banken und Konzerne. Und jetzt durch höhere Steuern und Streichung von Sozialleistungen zur Budgetsanierung. Widerstand ist angesagt! (Foto: Gewerkschaftsdemo gegen Lohnverzicht 2009)

Zitate die alles sagen...

Die österreichischen Banken haben auf den Finanzmärkten ein Verhalten gezeigt wie Kleinbürger im Puff. Aufgegeilt, vor Aufregung impotent, ohne Kontrolle wollten sie durch immer höhere Einsätze eine Gunst der Stunde erkaufen, die es im Gunstgewerbe nicht geben kann. Danach haben sie gutbürgerlich „Cosi fan tutte“ gespielt: So haben es doch alle gemacht. Robert Menasse, Heute, 29.3.2010

Krisen sind einfach nur das, was Ostern im Jahreskreislauf ist: Kurze Momente, in denen man nach innen schaut. Michael Fleischhacker, Presse-Chefredakteur, Die Presse 12.4.2009

Ein normaler Markt ist selbstregulierend, der Finanzmarkt ist ein selbstzerstörendes System. Fredmund Malik, Managementzentrum Sankt Gallen, Die Presse, 21.11.2009

Wie kriegst die Politik das Finanzwesen in den Griff, wenn das Finanzwesen die Politik im Griff hat? Roman Obrovski, AMS-Chef OÖ, OÖN 19.8.2009

Impressum:

Herausgeberin: Karin Antlanger

Verleger: Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB).

Redaktion: Leo Furtlehner, Franz Grün, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Susanna Lindner, Hubert Schmiedbauer, Lilian Stadler

MitarbeiterInnen dieser Nummer: Karin Antlanger, Helene Friesacher, Leo Furtlehner, Michael Graber, Doris Grössinger, Franz Grün, Lutz Holzinger, Oliver Jonischkeit, Gerald Kemski, Anita Kainz, Christina Lobnig, Bärbel Mende-Danneberg, Max Müller, Gerald Oberansmayr, Siegfried Pötscher, Peter Scherz

Fotos: GLB-Archiv, ÖGB

Cartoon: Karl Berger

Lektorat: Anita Kainz, Susanna Lindner, Lilian Stadler

Grafik, Satz und Layout: Franz Grün

Druck: Wilhelm Bzoch GmbH, Druck und Verlag, Kupferschmiedgasse 7, 2201 Hagenbrunn

Redaktionsadresse: Redaktion „Die Arbeit“, 1110 Wien, Hugog. 8

Mail: office@glb.at, Web: www.glb.at

ZVR-Nummer: 783265801

Bestellungen: Schriftlich an den GLB im ÖGB (Adresse siehe rechts). Bei Zuschriften an die Redaktion Absender angeben. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion oder des Gewerkschaftlichen Linksblock übereinstimmen.

Einzelpreis: 1 Euro. Im GLB-Mitgliedsbeitrag ist das Abo inkludiert. Das Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld. Spenden sind willkommen!

Bankverbindung: BAWAG 03410 665 190 (BLZ 14.000)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5. April 2010

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28. Juni 2010 mit Schwerpunkt: **Profitzwang kontra gute Arbeit**

LeserInnenbriefe sind willkommen! (Kürzung vorbehalten)

Kontakt

GLB-Bundesleitung

Hugogasse 8, 1110 Wien,
+43 664 6145012, office@glb.at,
www.glb.at

GLB-ÖGB

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
+ 43 53444 39491 oder 39490
oliver.jonischkeit@oegb.at

GLB-GdG

Elterleinplatz 6/2. Stock, 1170 Wien,
+43 1 4076 936, glb-gemeinde@inode.at
www.glb-gemeinde.at

GLB-PRO-GE

siehe GLB-ÖGB, +43 316 712436

GLB-GPA-DJP

siehe GLB-ÖGB, +43 664 6145012

GLB-GPF

siehe GLB-ÖGB, +43 664 4653383,
roho64@aon.at

GLB-vida

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
+ 43 0664 6145713
franz.gruen@vida.at, www.glbvida.at

GLB-Kärnten

Ludwig-Walter-Straße 29, 9500 Villach,
+43 4242 31091, glb@kpoe-villach.at

GLB-Niederösterreich

Andreas Hofer-Straße 4, 3100 St. Pölten,
+43 2742 71074 0, lipress@aon.at

GLB-Oberösterreich

Melicharstraße 8, 4020 Linz,
+43 732 652156, glb@gmx.org

GLB-Salzburg

Elisabethstraße 11, 5020 Salzburg,
+43 662 872244, glb.salzburg@aon.at

GLB-Steiermark

Lagergasse 98a, 8021 Graz,
+43 316 712436, glb.stmk@kpoe,
www.steiermark.glb.at/-graz.at,

GLB-Tirol

Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck,
+43 6606882875,
glb@imzoom.info, www.imzoom-info

GLB-Vorarlberg

p.A. Roland Schmid, Achsiedlungsstraße
33, 6900 Bregenz,
+43 676 4976338,
glb.vorarlberg@vol.at

GLB-Wien

siehe GLB-ÖGB, +43 664 6145012

Inhalt**Seite**

Der große Raub	4/5
Budgetsanierung durch Sozialabbau	6
Mittelstand in Geiselhaft	7
Zukunft der Banken	
Sozialisierung unerlässlich	8/9
Griechenland – Der Sündenbock in der EU	10
Ist Armut eine Schande?	11
Kampf um Krisenlasten geht weiter	12
Hickhack um Transparenzdatenbank	13
Arbeitnehmer „stark vernachlässigt“	14
Pensionsreformen bei den ÖBB	15
Wie ein Hamster im Laufrad	16
Scheinheilig	17
Keine Ahnung	17
So geschehen im SMZ-Ost	18
Druck auf Personal wächst	19
Privatsphäre ist von gestern	20
Demonstration bei FreundInnen	21
Arbeitsrecht-Tipp: Arbeitsverhältnis im Fall der Insolvenz	22

GLB-Werbefolder

Seit kurzem gibt es einen Werbefolder des GLB im Format A4 (Wickelfalz), der als Erstinformation bei Veranstaltungen, Infoständen etc. verwendet werden kann.

Bestellungen bitte beim GLB-ÖGB,
Helga Pruckmoser,
Telefon +43 (1) 53 444-308 bzw.
Mail helga.pruckmoser@oegb.at.

Editorial

*Von Karin Antlanger
Juristin und
Sozialpädagogin
Betriebsrats-
Vorsitzende
EXIT-sozial Linz
Bundesvorsitzende des GLB*

**Wer zahlt für diese Krise?**

Das Gerede von „Krise als Chance für einen Neubeginn“ können viele von uns nicht mehr hören. Zu ausgelutscht ist dieser von PsychotherapeutInnen und SozialarbeiterInnen gerne aufgesagte Satz, wenn sich Menschen in psychischen und/oder sozialen Krisen befinden.

In Krisenfällen zahlen die Betroffenen meist doppelt und mehrfach für Situationen, die oft viele verschiedene Ursachen haben und für die Betroffenen oft nur schwer beeinflussbar sind, die es ihnen aber schließlich verunmöglichen, mit den bisherigen Bewältigungsstrategien das Auslangen zu finden. Das mehrfache Zahlen dafür besteht dann etwa im Verlust von sozialem Ansehen, von Selbstwert, in der Trennung von Lebensgemeinschaften, im Verlust von Arbeit usw.

So auch in der Wirtschaftskrise: Der Spruch „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ ist mehr als berechtigt. Darin kommt zum Ausdruck, dass die Verursacher der Krise einerseits die staatlich geförderten Gewinner dieser Krise sind und andererseits die große Mehrheit der Gesellschaft für diese Krise mehrfach zur Kasse gebeten wird.

Etwa in Form von Steuergeldern für die Stützung maroder Banken und Betriebe. Oder durch Einkommensverluste infolge von Kurzarbeit, Arbeitsplatzverlust. Und nun auch durch Einsparungen der öffentlichen Hand an allen Ecken und Enden. Immerhin sind die Kassen von Bund, Ländern und Kommunen geleert – alles musste ja für die Rettung von Banken und Konzernen aufgewendet werden. Und die Steuereinnahmen sind gesunken, weil mehr Menschen arbeitslos denn je sind.

Der Masochismus der ÖsterreicherInnen scheint grenzenlos zu sein. Ein wenig Maulen und Knurren – mehr ist nicht zu erwarten. Aber wie heißt’s so schön in der psychosozialen Krisenarbeit: Manchmal muss jemand erst ganz unten angelangt sein, damit er sich wieder aufrichten kann. Oder: Der Leidensdruck muss noch größer werden, damit er/sie sich nicht mehr alles gefallen lässt. Bleibt nur zu hoffen, dass sich die angebliche Verelendungstheorie der Altmaoisten der 70er Jahre nicht doch noch als richtig herausstellt.

Der große Raub

Von Gerald Oberansmayr

Die Großindustriellen haben die wachsende Arbeitslosigkeit und die kapitalfreundlichen Rahmenbedingungen seit dem EU-Beitritt zu einem gewaltigen Raubzug an Löhnen und Gehältern genutzt.

Während im Jahrzehnt vor dem EU-Beitritt die Lohnquote nur leicht zurückging, ist sie seither abgestürzt: 1995 betrug der Anteil der ArbeitnehmerInnen-Entgelte (Bruttolohn inkl. Sozialversicherung) 62 Prozent der Bruttowertschöpfung. Dieser Anteil ist bis 2008 auf rund 55 Prozent zurückgegangen.

Anders ausgedrückt: Seit dem EU-Beitritt gibt es trotz steigendem BIP für die ArbeitnehmerInnen keine Reallohnsteigerungen mehr. Für manche sogar empfindliche Lohnverluste, denn gleichzeitig geht auch innerhalb der Unselbständigen die Schere auseinander. Das unterste Quartil (25 Prozent verdienen weniger, 75 Prozent verdienen mehr) verlor zwischen 1997 und 2006 über 12 Prozent (netto, real); das 1. Quartil stürzte in diesem Zeitraum gar um über 20 Prozent ab.(1)

Plus 299 Prozent für AktionärInnen
Die Gewinneinkommen stiegen nominal (ohne Inflationsbereinigung) von 1995 bis 2007 um 111 Prozent (zum Vergleich ArbeitnehmerInnen-Einkommen plus 38 Prozent), die Einkommen der Selbständigen um 73 Prozent, und die Ausschüttungen an die AktionärInnen um sensationelle 299 Prozent.

Diese Entwicklung setzt sich auch im Krisenjahr 2008 fort, wie eine Studie der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und -entwicklung über die Entwicklung der an der Wiener Börse gehandelten Unternehmungen zeigt (2).

Von 2004 bis 2008 vervierfachten sich die Dividenden der ATX-Konzerne von 1,03 Mrd. auf fast vier Milliar-

den. Selbst im Krisenjahr 2008 wuchsen die Ausschüttungen kräftig, obwohl die Gewinne bereits deutlich zurückgingen. Fazit: 2008 wurden 93 Prozent der Gewinne der ATX-Unternehmen an die Aktionäre weitergereicht.

Ein Rechenexempel

Wie steht dies im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise? Dazu ein Rechenexempel: Wir vergleichen, was die ArbeitnehmerInnen tatsächlich bekommen haben, mit dem was sie erhalten hätten, wenn die Verteilungsverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit von 1995 konstant geblieben wäre.

Das Ergebnis offenbart den bestverhüllten Raub der jüngeren österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Über diese 15 Jahre akkumuliert entsprechen die Lohn- und Gehaltsverluste sage und schreibe 98,3 Milliarden Euro. Das ist mehr als ein Drittel des gesamten BIP von 2008, das den ArbeitnehmerInnen seit dem EU-Beitritt geraubt worden ist. Knapp 57,5 Milliarden davon sind Nettolöhne bzw. -gehälter, also das was den Menschen unmittelbar aus der Brieftasche gezogen wurde. 15,3 Milliarden sind entgangene Lohnsteuer des Staates (die zum Teil über andere Steuern kompensiert wurden) und 25,6 Milliarden sind entgangene Einnahmen der Sozialversicherung, also des Kollektivlohnes der Unselbständigen, um sich gegen die existenziellen Risiken von Krankheit, Unfall, Alter und Arbeitslosigkeit zu schützen.

Das Gezeter um die Unfinanzierbarkeit der Pensionen und des Gesundheits-



wesens würde sich erübrigen, wenn sich die Verteilung zwischen Kapital und Arbeit seit 1995 nicht zuungunsten der Letzteren verschoben hätte. Den Krankenkassen soll wegen 1,2 Milliarden Schulden der Rotstift aufgezwungen werden. Aber durch die Umverteilung von Arbeit zu Kapital wurde der Krankenversicherung seit 1995 Geld in der Höhe von 5,2 Milliarden Euro geraubt, also mehr als das Vierfache!

Profitquote steigt

Nun stellt sich die Frage: Sind durch diese enorme Umverteilung von Löhnen zu Gewinnen zumindest die Investitionen entsprechend angekurbelt worden, wie es die neoliberale Dogmatik prophezeit? Mitnichten! Der Anteil der Bruttoinvestitionen an der Wertschöpfung ist von 28,1 (1995) auf 25,4 Prozent (2008) zurückgefallen. Stellt man dasselbe Rechenexempel wie vorhin an, d.h. ermittelt man die Höhe der Investitionen, wenn die Investitionsquote von 1995 konstant geblieben wäre, so errechnet sich in diesem Zeitraum ein akkumulierter Investitionsausfall von fast 45 Milliarden Euro.

Das von der Regierung geschnürte Konjunkturpaket beträgt – großzügig gerechnet – rund drei Milliarden Euro. Die öffentlichen Bruttoinvestitionen haben sich – gemessen am BIP – in diesem Zeitraum sogar halbiert, die öffentlichen Nettoinvestitionen sind sogar negativ geworden, was auf den zunehmenden Verschleiß öffentlicher Infrastrukturen hindeutet (z.B.

Stilllegung bzw. Nicht-Erneuerung von Bahnverbindungen, veraltete Schulen).

Wohin ist das Geld also gewandert? Einerseits in den Kapitalexport: Die österreichischen Nettokapitalexporte haben enorm zugenommen, alleine 2008 betragen die Überschüsse des Kapitalexports über den Kapitalimport über zehn Milliarden Euro. Vielfach fällt darunter die Teilnahme österreichischer Unternehmen und Banken an der fieberhaften Privatisierung öffentlichen Eigentums in Osteuropa, die auch dort keinen Reichtum geschaffen aber viele Menschen arbeitslos gemacht hat.

liegen die tieferen Ursachen für die schwere Wirtschaftskrise.

Krisenursachen als Therapie

Im ersten Schock der Wirtschaftskrise haben viele Länder auf lange verschmähte keynesianische Rezepte zurückgegriffen. Staatliche Konjunkturprogramme halfen, das Einknicken der Wirtschaft zu verhindern. Schon das geschah im EU-Raum weitaus unambitionierter als in anderen Regionen. Die Konjunkturpakete im EU-Raum machten gerade einmal ein Prozent des BIP aus, bemerkenswert dürftig im Vergleich mit den USA (5,8 Prozent) oder China (sieben Prozent).

striktive Kurs“ beim Staatshaushalt und „Einschnitte so tief wie noch nie“ (3) angekündigt. Unter die Räder dieser Sparpolitik kommen vor allem jene, die auf Leistungen des Sozialstaates und öffentliche Infrastrukturen angewiesen sind. Unterstützung für diese Sparpolitik von EU und Regierung kommt von rechtsaußen. Bereits im Frühjahr 2009 brachte die FPÖ einen Antrag in den Nationalrat ein, der ein Absenken der Staatsquote um vier Prozent – das sind rund zwölf Milliarden Euro – beinhaltete.

Für eine solidarische Wende

Wenn wir aus dieser neoliberalen Sackgasse herauskommen wollen, müssen wir über den Tellerrand des EU-Regimes hinausschauen. Wir brauchen die Umverteilung von oben nach unten, die Stärkung der sozialen Kassen und des öffentlichen Eigentums. Statt Aktionärsportfolios aufzufetten, brauchen wir mehr, und zwar viel mehr Geld für Bildung, Gesundheit, öffentlichen Verkehr, ökologische Energiewende und die Bekämpfung der Armut.

Das ist der Kern einer „solidarischen, ökologischen und demokratischen Wende“, wie sie auch die Werkstatt für Frieden und Solidarität in ihrem Aufruf vorgeschlagen hat (4). Den Kampf um die Durchsetzung müssen wir führen und – bei Strafe sozialer Verwüstungen – gewinnen.

Gerald Oberansmayr ist Vorsitzender der Werkstatt Frieden & Solidarität

Anmerkungen:

- (1) Quelle: Statistik Austria, www.statistik.at
- (2) ÖGP, wichtige Kennzahlen börsennotierter Unternehmen in Österreich 2004 – 2008, Oktober 2009
- (3) Die Presse, 17.2.2009
- (4) www.werkstatt.or.at



Ebenso explodierten die Gewinnausschüttungen an die Aktionäre. Die Neoliberalen haben versprochen: Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Tatsächlich hat es sich anders herum verhalten. Die wachsende Ungleichverteilung hat nicht nur die Massenkaufkraft und die sozialen Kassen, sondern auch die realen Investitionsströme ausgetrocknet, sodass zunehmend ein prekärer Wirtschaftskreislauf in Schwung gekommen ist: Luxuskonsum statt Absicherung der Grundbedürfnisse, Spekulation und Privatisierung statt Investitionen in Basisinfrastrukturen. Hier

Selbst das renommierte Brüssel Breughel-Institut für Wirtschaftsforschung kritisiert die EU-Krisenpolitik als „Potemkinsches Milliarden-Dorf“. Umso ambitionierter aber rufen jetzt – nach der Überwindung des ersten Schocks – Kommission und Zentralbank die EU-Staaten zu einem scharfen Auferitäätskurs auf.

Die Kommission hat vielen EU-Staaten, darunter Österreich, mit der Eröffnung von Defizitverfahren die Rute ins Fenster und Österreich ein Sparprogramm von sechs Milliarden Euro bis 2013 verordnet. Schon davor hatte Finanzminister Pröll eine „extrem re-

Budgetsanierung durch Sozialabbau

Von Michael Graber

Unter den Regierungen in der EU herrscht Konsens, dass ab 2011 mit der „Konsolidierung“ der Staatshaushalte, die in der Wirtschaftskrise hohe Defizite aufwiesen, begonnen werden soll.

Das ist eine klare Aufforderung, die sozialen Ausgaben der Staaten zu reduzieren. Eine Aufforderung, die die österreichische Regierung voll und ganz übernommen hat. Warum ist diese Aufforderung in Richtung Sozialabbau so klar?

Weil Steuern für die Reichen, Konzerne und Spekulanten tabu sind – sie könnten ja auf Grund des Steuerwettbewerbs in der EU (wer hat die niedrigsten Unternehmenssteuern?) abwandern. Deshalb stellen in allen Staatshaushalten die größten Einnahmeposten die Massensteuern dar. Andererseits bilden die größten Ausgabeposten überall die Sozialausgaben. Wenn also „Sparen“, dann dort.

Die Dramatik mit der die Defizite im Staatshaushalt von Regierung und Medien dargestellt werden, ist allerdings nicht angebracht. Erstens bewegt sich Österreich da im oberen EU-Mittelfeld und fällt in der EU nicht aus dem Rahmen. Zweitens reduziert Wirtschaftswachstum automatisch das Defizit, weil dann die Steuereinnahmen sowieso wieder stärker wachsen. Und drittens sind die Zinsen für die Staatsschulden derzeit sehr niedrig, sodass keine überproportionale Belastung daraus entsteht.

In den vergangenen Monaten waren auch aus der SPÖ gute Argumente dafür zu hören, dass eine Anhebung der Vermögen- und Profitsteuern auf das in der EU geltende Durchschnittsniveau bis zu fünf Milliarden Euro für den Staatshaushalt mobilisieren könnte, während die ÖVP sich ausschließlich aufs „Einsparen“ konzentrieren wollte.

Vor wenigen Wochen hat sich nun die Regierung darauf geeinigt, das Budgetdefizit 60 Prozent durch Einsparungen und 40 Prozent durch Steuererhöhungen zu verringern. Allein diese Aufteilung zeigt schon wer sich da durchgesetzt hat. Jetzt geht die Diskussion darüber, wer zahlt die höheren Steuern, bei wem wird eingespart? 500 Millionen Euro soll die Bankensteuer erbringen. Das klingt gut, ist aber in Wahrheit nur eine kosmetische Operation, um die drohende Anhebung von Massensteuern für die Regierung besser argumentierbar zu machen. Die Banken haben in der Zeit vor der Krise jährlich 6 bis 7 Milliarden Euro Gewinn gemacht, ohne dafür Steuern zu bezahlen. Erst kürzlich hat die Bilanz der Bank Austria für das (Krisen!)Jahr 2009 einen Nettogewinn von 1,1 Milliarden Euro ausgewiesen, ohne dass sie dafür einen Cent Steuer zu bezahlen brauchte. Und daran wird auch die Bankenabgabe nichts wesentliches ändern.

Dafür ist laut VP-Finanzminister Pröll an eine CO²-Steuer gedacht. Dahinter verbirgt sich aber nichts anderes als eine Erhöhung der Mineralölsteuer, die Treibstoffe stark verteuern und die Inflation anheizen würde, sowie eine Erhöhung der Steuern auf den Energieverbrauch. Damit würde das Wohnen wesentlich verteuert. Das alles will die Regierung unter „Ökologisierung“ des Steuersystems verkaufen. Damit kann sie vielleicht die Grünen ruhig stellen, die große Masse der Bevölkerung aber sicher nicht. Bei den „Einsparungen“ wird laut über Spitalsbetten, Pensionen und allgemein über „die Verwaltung“ und weitere Privatisierungen nachgedacht. Die Rücknahme öffentlicher Dienstleistungen



und Jobs im öffentlichen Dienst haben in der Regel aber nicht nur für die dort Arbeitenden, sondern auch auf die Bevölkerung massive Auswirkungen. Für den öffentlichen Dienst sind des Weiteren Nulllohnstunden (wie schon im SP-geführten Salzburg praktiziert) und für die PensionistInnen Null-Erhöhungen als Absicht durchgesickert.

All das soll 3,8 Milliarden im Jahr erbringen. Die Steuerreform des Jahres 2009 entlastete die SteuerzahlerInnen laut einer aktuellen Annonce des Finanzministeriums um 3,2 Milliarden Euro. Allerdings erfolgte nur ein Bruchteil der Entlastung zugunsten der kleinen und mittleren EinkommensbezieherInnen. Gehen die Erhöhungen der Massensteuern und die Einsparungen so durch wie derzeit offenbar geplant, würde das eine doppelt so hohe zusätzliche Belastung für diese Einkommensschichten bedeuten als Ihnen die Steuerreform gebracht hat.

Das alles wird natürlich im geheimen Kämmerlein ausgemacht und nach den steirischen und Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen publik gemacht werden. Die Budgettrede des Finanzministers ist schon vorsorglich auf die Zeit nach den Wahlen verschoben worden. Grund genug, diesen PolitikerInnen vor den Wahlen nichts, aber schon gar nichts zu glauben.

Michael Graber ist Wirtschaftssprecher der KPÖ

Mittelstand in Geiselhaft

Von Leo Furtlehner

„Die Rebellion des Mittelstandes“ titelte die „Presse“ und stellte eilfertig eine „Mittelstandsvereinigung Österreich“ vor, verbunden mit einem Aufruf zur „Revolte der Nettozahler“.

Die deutsche Wirtschaftskorrespondentin Ulrike Hermann hat in ihrem Buch „Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht“ aufgezeigt, was da wirklich läuft. Fakt ist, dass – verstärkt durch die Krise – die Mittelschicht schrumpft, aber nicht weil sie – wie erhofft – in die Gruppe der Reichen aufsteigt, sondern weil die Reallöhne sinken und immer mehr Mittelständler nach unten in die Armutsfalle abrutschen.

Hoffnung aufzusteigen

Mit dem Glauben ein Teil der Elite zu sein und der Hoffnung mit entsprechender Anstrengung aufzusteigen, hat sich der Mittelstand in Geiselhaft der Reichen begeben. Die so massiv umworbene Gruppe betreibt Selbstbetrug, indem sie der Mittelstands-Demagogie der Eliten auf den Leim geht und mithilft, Steuersenkungen durchzuwinken, die letztlich vor allem den Reichen nützen. Das Ergebnis: In Deutschland besitzen zehn Prozent 60 Prozent des Vermögens, in Österreich sogar 70 Prozent. Laut Hermann müsste der Mittelstand hingegen ein ureigenstes Interesse haben, sich mit der Unterschicht zu verbünden, um nicht selbst deklassiert zu werden.

Das große Tabuwort heißt Umverteilung: Diese findet als Teil der Klassenauseinandersetzung immer statt, seit längerer Zeit aber wird eindeutig von unten nach oben umverteilt, wie die seit Ende der 70er Jahre sinkende Lohnquote bewies.

Steueroase für die Reichen

Während die Mittelschichten die Ansicht ungeprüft übernehmen, dass die

Armen den Staat auf Kosten des Mittelstandes ausplündern, weil sie zu faul zum Arbeiten sind, bedient sich der Klüngel der Superreichen kräftig.

Über Steuererleichterungen – Stichwort Abschaffung von Kapitalverkehrssteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Senkung der Körperschaftssteuer, Einführung steuer-schonender Privatstiftungen etc.

Jenes oberste eine Prozent der Bevölkerung – laut Weltreichtumsbericht rund 77.700 MillionärInnen – das allein schon rund ein Drittel des Vermögens in diesem Land besitzt, lässt sich also durch Steuererleichterungen sehr wohl vom Sozialstaat finanzieren, vom Mittelstand und der Unterschicht, die natürlich via Massensteuern wie Mehrwertsteuer kräftig in den Budgettopf einzahlen dürfen.

Umverteilung durch Staatsverschuldung

Der Klüngel bedient sich aber auch über die wachsende Staatsverschuldung. Denn daran verdienen vor allem die Banken mit Milliarden an Zinsen, sprich Profit, der auf dem Wege über die Dividenden wiederum den AktionärInnen und damit den Reichen zufließt. Das Problem sind nicht so sehr die Steueroasen in der Karibik, sondern die hausgemachten hierzulande, etwa wenn österreichische Unternehmen 1,74 Milliarden Euro Steuern und 0,96 Milliarden Euro Sozialabgaben schuldig sind.

Der US-Verfassungsrichter Oliver Wendell Holmes meinte „Steuern sind das, was wir für eine zivilisierte Gesellschaft zahlen.“ Das Lamento



gegen angeblich zu hohe Steuern für die Leistungsträger zielt auf die Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und der Solidarität zugunsten einer Gesellschaft, in welcher das Faustrecht und die Ellenbogenfreiheit der Reichen herrscht.

2,7 Millionen zahlen keine Lohn- oder Einkommensteuer. WKO-Chef Christoph Leitl und ÖVP-Chef Josef Pröll sehen das als Errungenschaft. In Wahrheit ist es jedoch eine Schande, wenn viel zu viele so wenig verdienen, dass sie keine Steuer zahlen brauchen und zeigt auf, wohin es führt, wenn hunderttausende in Geringfügigkeit oder Scheinselbständigkeit abgedrängt wurden.

Primat der Politik zurückerobern

Es gilt, das durch die Selbstentmachtung verlorengegangene Primat der Politik über die Wirtschaft wieder zurückzugewinnen. Die wirklichen Kriminellen in diesem Land sind jene, die sich unter Berufung auf von ihnen selbst durchgesetzte Gesetze der Steuer- und Abgabepflicht entziehen. Steuerflucht sollte als Verbrechen an der Gesellschaft gebrandmarkt werden. Steuerhinterzieher und Steuerflüchtlinge sind keine Helden, sondern Kriminelle. Und der Mittelstand muss sich aus der Geiselhaft befreien, in welche er sich begeben hat.

Leo Furtlehner ist verantwortlicher Redakteur der „Arbeit“

Zukunft der Banken: Sozialisierung unerlässlich!

Von Lutz Holzinger

Wenn das Werk der kapitalistischen Wirtschaft wie geschmiert läuft, besteht wenig Anlass, sich mit ihrer Funktionsweise zu beschäftigen. Finanzkrise und Bankpakete haben das gründlich geändert.

Angesichts der aufgeregten Rettungsaktionen der Regierungen um den Zusammenbruch von Großbanken zu verhindern, wurde plötzlich klar, welchen Stellenwert die Finanzinstitute erlangt haben. Sie sind längst zur Herzulungen-Maschine des ökonomischen Kreislaufs geworden. Nicht einmal in der Katastrophenhilfe wird schneller Geld locker gemacht als im Fall eines drohenden Bankenkrachs.

Dabei ging es nicht um Kleinigkeiten: EU-Regierungen haben 2009 insgesamt mehr als 3,7 Billionen Euro für Sicherstellungen und Direktzahlungen an Banken ausgegeben. In den USA war selbst die Verstaatlichung plötzlich keine Todsünde mehr, weil sie zur Rettung der größten Banken und Versicherungen unerlässlich war.

Als Krisenfolge mit nachhaltiger Auswirkung auf die Realwirtschaft stellte sich im Vorjahr die Verknappung von Krediten und anderen Finanzierungen heraus. Die öffentliche Hand tat zwar alles, um die Liquidität der Banken zu gewährleisten; diese zeigten aber wenig Lust, diese Mittel zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftskreislaufs einzusetzen. Statt der Finanzierung von Projekten der Wirtschaft und der Konsumvorhaben der Endverbraucher lenkten die Banken die günstige Marie angesichts der Wachstumsschwäche der Wirtschaft erst recht wieder in die Spekulation mit Devisen, Rohstoffen, Aktien, Immobilien, Derivaten usw.

In allen Bereichen präsent

Die zentrale Stellung des Banksektors

beruht darauf, dass er nicht nur die Geldbestände sämtlicher an der Warenzirkulation beteiligten Parteien kontrolliert, sondern auch die Umwandlung von Ware in Geld und Geld in Ware im Rahmen des ökonomischen Reproduktionsprozesses steuert. Kein Werktätiger kommt heute ohne Girokonto aus. Deren Einführung wurde zwar mit absoluter Gebührenfreiheit beworben. Heute kostet der Spaß in Österreich jedoch durchschnittlich rund 160 Euro im Jahr. Laut Arbeiterkammer drei Mal so viel wie in den EU-Ländern mit den niedrigsten Gebühren.

Die enorm hohen Überziehungsrahmen entpuppen sich häufig als ausgesprochene Schuldenfalle. Für ihre Nutzung werden Zinsen von durchschnittlich 12,5 Prozent verrechnet. Wer dieses Kreditvolumen überschreitet, dem werden Zinsen bis zu 22 Prozent hinaufgeschuldet. Heimische Kreditinstitute lassen sich auf diese Geschäfte stärker als in anderen Ländern ein, weil ihnen hierzulande die sogenannte Drittschuldnerabfrage des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger hilft, Personen, die verduftet sind, wieder ausfindig zu machen, sobald sie eine geregelte Tätigkeit aufnehmen.

Abgesehen davon, dass die Banken in Österreich nahezu die gesamte Lohn- und Gehaltssumme abschöpfen, regeln sie den noch wesentlich umfangreicheren Zahlungsverkehr der Unternehmen untereinander und mit der öffentlichen Hand wie Finanzämtern und Sozialversicherungsträgern. Es gehört zur Besonderheit des



kapitalistischen Reproduktionsprozesses, dass das für Bauten und Anlagen vorgeschossene Kapital lediglich zerteilt in die Hand der Unternehmen zurückfließt.

Bei steigender organischer Zusammensetzung des Kapitals bzw. der Steigerung des Aufwands für das Anlagekapital bei relativ und/oder absolut sinkender Lohn- und Gehaltssumme ist klar, dass der Kapitalanteil für den Verschleiß der Bauten und der Maschinerie über mehrere Jahre zurückfließt, immer größer wird.

Da ihn der fungierende Unternehmer erst wieder benötigt, wenn eine Produktionsanlage erneuert und modernisiert wird, liegt dieses Kapital bis zu diesem Zeitpunkt brach. Tatsächlich gerät es zwischendurch unweigerlich – durch Direktinvestitionen des jeweiligen Betriebs in Finanzanlagen oder über das Firmenkonto auf Rechnung der Kreditinstitute – in die Fänge des Finanzkapitals, das seine Hauptaufgabe darin sieht, mit dem jeweiligen Einsatz möglichst hohe Gewinne zu erzielen.

Blendende Geschäfte – null Steuern

Dass dies in allen Wirtschaftslagen gelingen kann, haben Bank Austria und Erste Bank mit ihren Bilanzen für das Krisenjahr 2009 vorgehüpft. Beide Institute haben Rückstellungen für Kreditrisiken in der Höhe von rund zwei Milliarden Euro gebildet und ihre Kreditlinien gekürt. Dennoch konnten sie die Gewinne – die Bank Austria mit, 1,2 Milliarden und die Erste Bank

mit 0,9 Milliarden Euro – mit Geschäftspraktiken aus der Vorkrisenzeit auf dem Niveau des vom Finanzcrash noch nicht angekränkelten Jahres 2008 halten.

Dank der heimischen Gruppenbesteuerung und der dadurch gegebenen Möglichkeit, Verluste von Auslandsstöckern geltend zu machen, brauchen sie trotz Rekordgewinn und saftiger Prämien für die Vorstände als Unternehmen keinen Groschen an Gewinnsteuern zu zahlen. Was unterstreicht, dass die Instrumente äußerst beschränkt sind, um die Banken für die Folgen der Finanzkrise zur Kasse zu bitten.

profit die Richtschnur des allerdings mit erheblichem Risiko verbundenen Handelns darstellt. Aktuell besteht das Hauptproblem darin, dass der Zirkulationsprozess bei der Umwandlung von Geld- in Warenkapital aufgrund des Mangels an Gewinn versprechenden Investitionsmöglichkeiten stockt.

Immer mehr Geldmittel können daher nicht in den realen Verwertungsprozess zurückgeführt werden, sondern bleiben im Finanzsektor hängen. Der wiederum muss zwangsläufig im Konkurrenzkampf um institutionelle und private Anleger aussichtsreiche Verwertungschancen (er)finden – wie die von

Die Einschätzung, wonach es in der Finanzkrise zu keiner Verstaatlichung von Banken sondern einer Privatisierung von Regierungen kam, ist nicht von der Hand zu weisen.

Nur so ist es zu erklären, dass selbst die Spitzen der EU sich von Spekulanten auf der Nase herum tanzen lassen. Institutionen, die für die Wirtschaft und das Leben der Menschen derartig zentral sind wie die Banken und der ganze Finanzsektor, dürfen daher nicht länger privaten Spekulanten überlassen bleiben. Vielmehr kommt es darauf an, diesen vitalen Bereich zu vergesellschaften und der privaten Profitgier zu entziehen.



Immer wieder wird verzweifelt versucht, zwischen gutem und schlechtem, zwischen schaffendem und raffendem Kapital zu unterscheiden. Das ist deswegen zum Scheitern verurteilt, weil das Kapital beide Eigenschaften aufweist. Die Logik des Reproduktionsprozess verurteilt Teile zurückfließenden Anlagekapitals eines Unternehmens vorübergehend brach zu liegen. Es gehört zu den Aufgaben des Finanzkapitals derartige Kapitalreserven zu sammeln und zu verwerten.

Spätestens seit Marx wissen wir, dass dabei der jeweils erzielbare Höchst-

Ratingagenturen hoch bewerteten US-Immobilienpakete, die aus faulen Krediten zusammengesetzt waren. Dadurch entsteht ein Teufelskreis, der im Finanzsektor immer neue Blasen hervorbringt, die in periodischen Abständen platzen und auf die übrigen Sektoren der Wirtschaft übergreifen.

Schwanz, der mit dem Hund wedelt

Die Griechenlandkrise zeigt, dass das internationale Finanzkapital, das sich aus Quellen der Produktions- und der Dienstleistungsindustrie speist, keinen Genierer kennt und gegen ganze Länder und Währungsblöcke spekuliert.

Dabei darf es sich um keine platte Verstaatlichung handeln, vielmehr sind dafür neue und demokratische Verfahren zu entwickeln, die sich nicht an den gesetzlichen Rahmen für Aktiengesellschaften anlehnen. wie das bei der Hypo Alpe Adria Gruppe der Fall ist. Dort musste der Staat als Eigentümer wehrlos zusehen, dass ein bloß zehn Monate tätiger Vorstandsvorsitzender einen Abfertigungsanspruch in der Höhe von 4,5 Millionen Euro geltend machen konnte.

Statt der uneingeschränkten Macht von Vorstand und Aufsichtsrat ist eine Kontrolle des operativen Geschäfts durch die Stakeholder unter besonderer Berücksichtigung der Beschäftigten erforderlich. Vor allem geht es jedoch um die Rückführung des Geschäfts der Banken auf ihre Funktion als Transmissionsriemen der Realwirtschaft und die Ausschaltung des spekulativen Casino-Kapitalismus.

***Lutz Holzinger
ist Journalist in Wien***

Griechenland - der Sündenbock in der EU?

Von *Oliver Jonischkeit*

„Wie die Griechen das Sparen lernen“, „EU macht Griechen Dampf“ (Stern) und ähnliche Schlagzeilen lieferten uns die deutsche und österreichische Presse regelmässig an den Frühstückstisch.



Ein drastisches Sparprogramm soll die Neuverschuldung von 12,7 Prozent im Jahr 2009 auf unter drei Prozent im Jahr 2012 drücken. Die von der sozialdemokratischen PASOK-Regierung zugesagten Massnahmen zeigen schon, wer zur Kasse gebeten wird. Senkung der BeamtInnengehälter, Einstellungsstopp, Aufhebung der Preisindexierung von Sozialleistungen, Erhöhung der Mehrwertsteuer usw. Dem EcoFin, Rat der EU-Finanzminister und zentrales Entscheidungsgremium der EU, reichte das allerdings nicht. Weitere Einsparungen zu Lasten der Beschäftigten und Arbeitslosen sind geplant.

Es ist also klar, auf wen die Kosten abgewälzt werden sollen. Wo aber Opfer in Sicht sind, sind auch die Aasgeier nicht weit. Investoren, Hedgefonds, Investmentbanken, Rating-Agenturen. Deren „Massenvernichtungswaffen“, wie sie Warren Buffett trefflich nannte, sind Credit Default Swaps. Dabei handelt es sich um Versicherungen gegen Kreditrisiken, die gehandelt werden können. In der letzten Jännerwoche 2010 verdreifachten sich die CDS-Kontrakte auf Griechenland, der Risikoaufschlag zu deutschen Anleihen stieg auf fast 4 Prozent. Es werden also

kennen. So sind die Lohnstückkosten seit Einführung des Euro in Griechenland gleich geblieben, in der deutschen Industrie jedoch um 14 Prozent gesunken (Manager-Magazin). Kein Ruhmesblatt für die involvierten Gewerkschaften, in diesem Fall für die IG Metall.

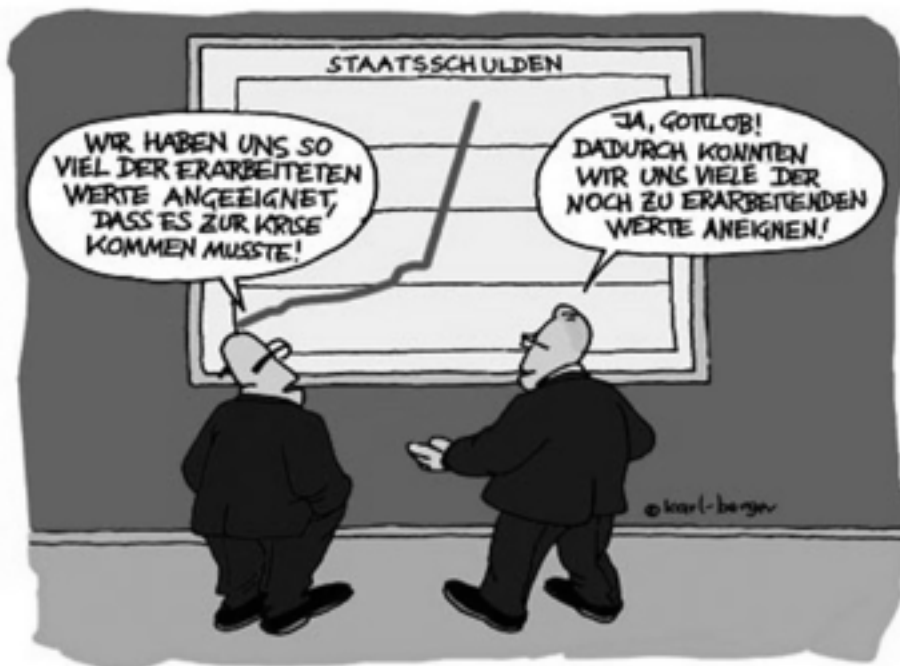
Gute Geschäfte machen Deutschland und Frankreich auch im Bereich der Rüstungsgüter, Griechenland gehört weltweit zu den Ländern mit dem höchsten Rüstungsetat. Würde dieses auch nur halbiert, wäre das Defizitproblem grösstenteils gelöst. Dies wird natürlich nicht thematisiert, die Rüstungsindustrie will ja auch weiterhin gute Geschäfte machen.

Das Kapital nützt auch die Gelegenheit, den Einfluss seiner internationalen Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Europäischen Zentralbank zu stärken.

Gestärkt werden sollten jedenfalls auch länderübergreifende Aktionen der Gewerkschaften. Zwar nicht mehr unter dem Motto „wir zahlen eure Krise nicht“, denn für diese und die Rettung der Banken wurden wir schon mehrmals zur Kasse gebeten. Neben der Solidarität mit den griechischen KollegInnen geht es aber auch darum, sich EU-weit gegen die Machenschaften des Kapitals zu wehren. Denn Griechenland ist kein Einzelfall.

Oliver Jonischkeit
ist *GLB-Bundessekretär*

die Arbeit 2/10



Dies führte zu massiven Protesten der Gewerkschaftsverbände und zu Generalstreiks, der im Weltgewerkschaftsbund organisierte Gewerkschaftsverband PAME blockierte u.a. die Athener Börse, um aufmerksam zu machen, wo das Geld zu holen ist.

gute Geschäfte mit der Finanzkrise Griechenlands gemacht.

Mit eine der Ursachen liegt auch in der stark auf Export ausgerichteten deutschen Wirtschaft und dem Lohn-dumping, das wir auch aus Österreich

Ist Armut eine Schande?

Von Anita Kainz

Ja, Armut ist eine Schande, aber nicht für die Armen sondern für Österreich, das zu den reichsten Ländern zählt. Wenn man den Reichtum einiger weniger aufzeigt, gehört man sofort zur „Neidgesellschaft“. Dabei ist erwiesen, dass die Reichen immer reicher werden, während die Zahl der Armen immer mehr steigt.



Durch die Krise wurde dieser Trend noch verstärkt. Und was macht die Regierung? Statt die Vermögenden und die Spekulanten – die auch die Krise verursacht haben – endlich zur Kasse zu bitten, soll unter anderem bei der Bildung, Gesundheit und Pension gespart werden.

Trotz Krise wird ungebrochen weiter spekuliert. Die Preise für zahlreiche agrarische Rohstoffe sind kräftig gestiegen und zwar nicht nur wegen Naturkatastrophen, sondern weil auch mit Lebensmittelrohstoffen unkontrolliert fleißig spekuliert wird. Es wäre an der Zeit, dieser Zockerei endlich Einhalt zu gebieten.

Es findet jährlich eine Armutskonferenz statt und es gibt ein Handbuch „Armut in Österreich“, wo regelmäßig festgestellt wird, dass die Armut rasant steigt, dass es immer mehr Arbeitslose gibt und dass auch die Zahl derer steigt, die trotz Beschäftigung von ihrem Lohn nicht leben können. Gleichzeitig wird von den Medien gegen die sogenannten „Sozialschmarotzer“ gehetzt, die angeblich in der „sozialen Hängematte“ schaukeln und die anderen für sich arbeiten lassen. Dieser Neid von Arbeitenden auf Arbeitslose wird bewusst geschürt, damit von den wahren Schuldigen abgelenkt wird. Mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung, die unter der Armutsgrenze liegt, ist der Abstieg in

die Armut vorprogrammiert. Jede Eröffnung eines Sozialmarktes wird groß gefeiert und die Reichen erleichtern ihr Gewissen, indem sie eine Wohltätigkeitsveranstaltung nach der anderen machen, um Geld für alle möglichen Organisationen zu sammeln. In Wirklichkeit brauchen wir keine Almosen von den Reichen, sondern eine gerechte Verteilung des von der arbeitenden Bevölkerung geschaffenen Reichtums. Aber solange sich die Menschen gegeneinander ausspielen lassen und alles glauben, was in gewissen Tageszeitungen steht, wird sich an der momentanen Lage nichts ändern.

Anita Kainz
ist GLB-Aktivistin in Wien

Sommer '10 in Kärnten

Sommerturnus 10.- 24. Juli und 14.-28. August 2010 im Kinderland-Ferienheim in ruhiger Lage am Gösselsdorfer See: Eigener Strandabschnitt fünf Minuten Waldweg vom Heim, Grasstrand, Beachvolleyball-Platz, zwei Wasserstege, Schattenplätze, Gratis-Umkleidekabinen und Duschen.

Vielfältiges Freizeitangebot: Wanderungen, Kreativ-Workshops, Federball, Basketball, Fußball, Volleyball, Tischtennis, Abendprogramm, Lagerfeuer, Disco-Keller.

Vollpension pro Turnus und Kind inklusive Betreuung durch ein gutes Team: 460 Euro, Geschwisterbonus 10 Euro, Erstteilnahmebonus 15 Euro.

Reitwochen 10.-17. Juli und 14.-21. August 2010, Verlängerungswochen möglich mit Bustransfer zum Reithof, ca. sieben Hektar Fläche, große Reithalle, über 30 Pferde

Angebot: fünf Tage reiten am Vormittag, jeweils zwei Reiteinheiten á 50 Minuten pro Tag, getrennt für AnfängerInnen und Fortgeschrittene, kostenloser Ausrüstungsverleih

Preis pro Person und Reitwoche 315 Euro, Verlängerungswoche ohne Reiten 220 Euro, Mindestteilnahmezahl sechs Personen pro Turnus

Infos und Anmeldungen: Kinderland Wien, Hugogasse 8, 1110 Wien, Telefon und Fax (01) 749 79 21, Mail office@kinderlandwien.at, Web www.kinderlandwien.at

Kampf um Krisenlasten geht weiter

Von Gerald Kemski

„Wir zahlen nicht für Eure Krise“ unter dieser Losung demonstrierten zehntausende am 28. März 2009 in Berlin, Frankfurt, London und anderswo. Aufgerufen hatten Linke aus Gewerkschaften, Parteien und Initiativen.

„Die Krise bekämpfen – Sozialpakt für Europa – die Verursacher müssen zahlen“ unter dieser Losung rief der Europäische Gewerkschaftsbund zu Demonstrationen nach Madrid, Berlin und Prag am 16. Mai 2009 kurz vor den Europawahlen auf.

Hunderttausende waren dabei

Das war es dann auch mit den gemeinsamen Aktionen in Europa. Obwohl die fehlende soziale Fortschrittsklausel im Lissabonner Vertrag und alle damit zusammenhängenden Fragen zusammen mit der Auseinandersetzung um die Krisenfolgen Grund genug wären um gemeinsamen Widerstand auf der Straße weiter zu belassen und in die Betriebe zu tragen.

Überall geht die EU-Kommission, der Ministerrat und die nationalen Regierungen nach einem ähnlichen Muster vor: Löhne senken, zunächst bei den öffentlich Beschäftigten, Erhöhung des Rentenalters, Senkung der Renten, Runter mit den Steuern für die Reichen.

Das Entgegengesetzte wäre richtig

Am deutlichsten sieht man es gegenwärtig in Griechenland. Daher gehört unsere Solidarität den griechischen Gewerkschaften und den griechischen Linken. Erfreulicherweise ist der Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenlasten nicht auf Griechenland beschränkt. Auch in Spanien und Portugal geht man gegen die Erhöhung des Rentenalters auf die Straße.

Besonders schlimm ist in diesem Zusammenhang, dass die Medien der

kapitalistischen Hauptländer in Europa Deutschland, Frankreich und Großbritannien die Länder Portugal, Italien, Griechenland und Spanien als „pigs“ (Schweine) bezeichnen.

Dabei ist beispielsweise die aggressive Exportorientierung Deutschlands eine der Hauptursachen für die Probleme in den europäischen Nachbarländern. Gewiss hat zum Beispiel Griechenland ein Defizitproblem, ohne dass wir damit die Stabilitätskriterien des Maastricht-Vertrages gutheißen. Aber was nicht in den Medien auftaucht: Griechenland gehört weltweit zu den Ländern mit dem höchsten Rüstungs-etat. Würde dieser auch nur halbiert, so wäre das Defizitproblem zum größten Teil gelöst.

Gleichwohl haben natürlich die kapitalistischen Hauptländer Europas kein Interesse dies zu thematisieren. Sind es doch gerade Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland, die ihre Rüstungsgüter nach Griechenland exportieren.

Die politischen Hauptakteure auf europäischer Ebene, der EU-Ministerrat, die EU-Kommission und die nationalen Regierungen haben in der Realität keinerlei Konsequenzen aus der kapitalistischen Finanzkrise gezogen. In der Regel wurden einzelne oder mehrere Banken mit enormen Steuergeldern gerettet. Auf politische Einflussnahme im Banken- und Finanzsektor wurde verzichtet. Die Folgen sollen die Völker Europas, in erster Linie die abhängigen Beschäftigten und die sozial Schwachen tragen.



Besonders negativ ist auch, dass die Rolle internationaler Organisationen wie IWF, Weltbank, Europäische Zentralbank usw. gestärkt werden.

Unter dem gegenwärtigen konservativen und neoliberalen Modell der Handhabung politischer und sozialer Rechte in Europa dürfen politische Maßnahmen und politische Kontrolle nicht von diesen Institutionen ausgehen.

Soll die Entwicklung umgekehrt werden, so ist es erforderlich, dass was zu Beginn 2009 unter dem Motto „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ wieder auf den Straßen und Plätzen Europas wieder aufleben zu lassen.

Beginnen kann das damit, dass wir die Aktionen der Arbeiterklasse in Griechenland, in Spanien, Portugal und anderswo unterstützen. Gleichwohl wird das nicht ausreichen. Auch in den Ländern Mittel- und Nordeuropas muss der Widerstand sichtbar werden. Eine Klammer könnte natürlich eine Initiative für eine „soziale Fortschrittsklausel“ in der EU-Verfassung sein. Doch müsste sich der Europäische Gewerkschaftsbund entschließen tatsächlich europaweit und nicht nur an einem Tag zu mobilisieren. Möglich wäre das schon.

Gerald Kemski ist Koordinator des Netzwerkes der GewerkschafterInnen in und bei der Partei der Europäischen Linken und Bundessprecher ASG betrieb & gewerkschaft DIE LINKE

Hickhack um Transparenzdatenbank

Von Franz Grün

Seit Monaten schwellt der Konflikt zwischen den beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP um die Einführung eines Transferkontos bzw. einer Transparenzdatenbank. Angeheizt wurde die Debatte von Finanzminister Josef Pröll, der den Wildwuchs an Sozialleistungen in den Griff bekommen will. Die SPÖ würde ihre Zustimmung bei einer Transparenz für alle geben und befürchtet eine Neiddebatte.



Auf diesem Konto sollen in Zukunft alle erbrachten Leistungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden zusammengefasst und übersichtlich dargestellt werden. Viele Sozialleistungen wie die Familienbeihilfe, die Pendlerbeihilfe oder das Pflegegeld sind Einkommensunabhängig, nur vier Prozent einkommensabhängig. Rund 55 Prozent der erbrachten Sozialleistungen ergeben sich aus Versicherungsleistungen.

Leistungen sind bekannt

94 Prozent der erbrachten Sozialleistungen werden vom Bund an die BezieherInnen zur Verfügung gestellt. Es ist also auch jetzt sehr wohl bekannt wer welche Leistungen erhält. Die Einführung einer Transparenzdatenbank sowie deren Betreuung kostet Millionen was angesichts der angespannten Budgetsituation schwer begreiflich ist.

Die ÖVP behauptet in ihrer Argumentation das der verschlungene Weg durch den Dschungel der Sozialleistungen welche unterschiedlich bei den Ländern und den Gemeinden erbracht werden selbst für Experten einen monatelangen Zeitaufwand bedeuten würde. Hier stellt sich die Frage wie die BezieherInnen von Sozialleistungen über das nötige Fachwissen verfügen um alle ihnen zustehenden Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen. Alleine der Verzicht eines Teils der Bevölkerung die Arbeitnehmerveranlagung bei ihrem Finanzamt zu

beantragen erspart dem Staat Millionen.

Angedacht ist, dass die Daten aus der Transparenzdatenbank nur den Betroffenen selbst sowie den Ämtern zur Verfügung stehen. Alleine schon der Gedanke arbeitswilligen Menschen mit niedrigem Einkommen vorzurechnen, wie viel sie dem Staat und somit den Mitbürgern an Sozialleistungen Jahr für Jahr kosten ist abzulehnen. Dies würde nur dazu führen Menschen in Klassen einzuteilen, was für das Selbstwertgefühl des einzelnen nicht gerade förderlich ist.

Was ist mit Subventionen?

Wenn man schon die Transparenz der ausbezahlten Sozialleistungen fordert müsste man auch die Transparenz der Subventionen an Banken, Unternehmen und Selbständige offen legen. Wenn man einen Blick auf das Vermögen in Österreich wirft ist von Transparenz keine Rede. Rund zwei Milliarden Euro schulden Unternehmen an Steuerleistung der Republik und rund 1,7 Milliarden Euro an Sozialabgaben welche den Beschäftigten bereits von ihrem Einkommen einbehalten wurde.

Um eine tatsächliche transparente Transparenzdatenbank erstellen zu können müssten alle Sozialleistung wie etwa die Zuschüsse an die Kinderbetreuung, die Schulausbildung, die Pensionen oder das Gesundheitswesen dargestellt werden. Hier würde man

schnell merken, dass die Unselbständigen gegenüber den Selbständigen viel weniger der Gemeinschaft kosten. Die meisten Sozialleistungen – vor allem welche mit Leistungen die mit Kinder verknüpft sind – sind zeitlich begrenzt. Es ist also nicht anzunehmen, dass man sich aufgrund dieser vorübergehenden Leistungen in der sozialen Hängematte ausruht. Man muss den Menschen schon zugestehen, dass sie über den Tellerrand hinausblicken.

Die Tatsache ist, dass die Regierung für das nächste Budget Geld benötigt. Die SPÖ will zwar das Vermögen in Österreich höher besteuert wird. Ob ihr das gelingt ist mehr als fraglich. Dabei ist zu befürchten, dass vor allem die Besteuerung der Banken an die Kunden (vielleicht mit einem kleinen Aufschlag) weitergegeben werden. Die ÖVP hingegen will die Mittel aus Massensteuern und dem Einsparungspotential bei Sozialleistungen beschaffen.

Die Transparenzdatenbank wird ein Offenlegen aller Sozialleistungen bringen was die Befürchtung mit sich bringt, dass Sozialleistungen entweder gestrichen werden oder man sie in die Steuerbelastung aller Einzelnen einrechnet.

Franz Grün ist Bundessekretär des GLBvida

Arbeitnehmer

„stark vernachlässigt“

Von Leo Furtlehner

Einst aus gutem Grund von den Gegnern der Verstaatlichten zum Buhmann erklärt ist der Voest-Betriebsrat zum Intrigantenstadel verkommen. Obwohl oder wahrscheinlich gerade weil die Dominanz der FSG dort heute eine fast hundertprozentige ist.

Im Herbst 2009 wurde Arbeiter-BRV Johann Linsmaier von seiner eigenen Fraktion abgeschossen und durch Manfred Hippold ersetzt. Im Vorfeld hatten sich Vertrauensmänner in Briefen an SPÖ-Chef Faymann, Landesobmann Ackerl und ÖGB-Chef Foglar beklagt, dass sich die Arbeitnehmer „stark vernachlässigt“ fühlten.

Bei der Neuwahl der Führung des Arbeiterbetriebsrates (FSG 24 Mandate, FA ein Mandat) setzte sich Hippold mit 14 gegen elf Stimmen durch. Woraufhin Linsmaier sofort aus der FSG austrat und seither als „wilder“ Betriebsrat agiert. Die FSG revanchierte sich bei Linsmaier – der seine Abwahl darauf zurückführte, dass er nach eigenen Worten „den Schrebergarten eines anderen betreten“ hatte – indem sie ihm den bisherigen Betreuungsbereich entzog und den Zugang zum bisherigen Büro verwehrte.

Vorgeworfen wurde Linsmaier gegenüber dem Vorstand „zu wenig durchsetzungskräftig“ gewesen zu sein, etwa beim Aushandeln eines neuen Fünfschicht-Arbeitszeitmodells. Die Auffassung Linsmaiers, dass es heute „mehr um Netzwerke als um Hierarchien, die mit Mehrfachfunktionären besetzt sind“ geht passte wohl nicht in das Denkschema seiner Konkurrenten. Laut „ÖÖN“ handelt es sich um einen Stellvertreterkrieg, den NR-Abgeordneter und BRVStv Manfred Keck gegen Konzernbetriebsratschef Hans-Karl Schaller führte.

Linsmaier hatte medial verkündet „Ge-

fälligkeiten, die Betriebsräten zukommen, öffentlich zu machen“, was er in die Tat umsetzte. Ins Schussfeld kam dabei Schaller.

Ihm wird vorgeworfen, dass er sich 2006 und 2007 einen Urlaub für 10.000 Euro auszahlen ließ, Fahrtspesen für Fahrten mit dem Privat-PKW verrechnet zu haben obwohl er ohnehin einen Anspruch auf ein Dienstauto hat, bei der Selbstentnahme von Gutscheinen großzügig gewesen zu sein und sich selbst und Betriebsratskollegen mit Leistungsprämien belohnt zu haben.

Im Juni 2009 wurde das „heiße Eisen“ an Metaller-Gewerkschaftssekretär Schopf herangetragen, der mit Einschaltung von AK-Präsident Kalliauer dafür sorgte, dass Schaller – der auch AK-Vizepräsident ist – Rückzahlungen von Fahrtkosten an den Betriebsratsfonds leistete. Auch wurde die AK für eine Prüfung des Betriebsratsfonds eingeschaltet und kritisierte zahlreiche Mängel.

Abgehobene Betriebsratsspitzen

Hintergrund des Intrigantenstadels ist die Abgehobenheit der Betriebsratsspitzen. Aus der SPÖ hört man, dass die Wahlschlappe 2009 – minus 13 Prozent – zu einem Gutteil auch dem „Wirken“ der Parteisektion Voest zu verdanken war. Vor allem das sture Beharren des damaligen Angestellten-BRV und Landtagsabgeordneten Fritz Sulzbacher auf einen Dienstwagen um 70.000 Euro hatte massiven Unmut erregt. Als sich Sulzbacher bereit er-

klärte, das Fahrzeug auf eigene Kosten anzuschaffen, war der Schaden schon angerichtet.

Sulzbacher kam schon vor einigen Jahren als Spitzenreiter im Einkommensranking der SPÖ-Landespolitiker in die Schlagzeilen. Mit seinem Doppelbezug als Angestellten-BRV und Landtagsabgeordneter kam er auf netto 97.750 Euro pro Jahr.

Probleme mit Dienstautos

Der Umgang mit Dienstautos dürfte eines der Kernprobleme des Voest-Betriebsrates sein: „Ich hätte Anspruch auf einen Wagen um 50.000 Euro“ meint Linsmaier, der sich bescheiden mit einem Dienstwagen um nur 38.000 Euro begnügt hatte. Auf die Überlegung, warum ein Betriebsrat überhaupt einen Dienstwagen braucht, kam aber auch er nicht.

Schaller wiederum ist ein exemplarisches Beispiel für jene Klasse von Multifunktionären die für das Image der Gewerkschaften höchst kontraproduktiv sind. Er war von 1997 bis 2009 Linzer Gemeinderat (Funktionsbezug 1.346 Euro) und strebte 2009 ein Landtagsmandat (Funktionsbezug 6.120 Euro) an: Durch die massiven SPÖ-Verluste sitzt er freilich jetzt weder im Gemeinderat noch im Landtag. Trösten kann er sich mit dem Job als AK-Vizepräsident (Funktionsbezug 2.652 Euro).

Wenn die Spitzen der Arbeitervertretung so sehr mit der Wahrnehmung eigener Interessen beschäftigt sind, ist es nicht verwunderlich, wenn die Arbeitnehmer „stark vernachlässigt“ werden.

Pensionsreformen bei den ÖBB

Von Franz Grün

Seit dem Jahr 1997 wurde die Pensionsregelung für unkündbare ÖBB Bedienstete viermal reformiert. Dies jedes mal zu Ungunsten der zu Recht murrenden EisenbahnerInnen welche unter gänzlich anderen Voraussetzungen ihren Dienst bei den Österreichischen Bundesbahnen begannen. Hiezu kommt die allgegenwärtige Hetzkampagne diverser Staatssekretäre (Kucacka, Lopatka) gegen die EisenbahnerInnen welche von diversen Massenblättern allzu gerne aufgegriffen wird.

Die Bundesbahn-Pensionsordnung regelt die Ruhegenussansprüche von Bundesbahnbeamten und deren Hinterbliebene. 1997 wurde zwischen dem Vorstand der ÖBB und der Personalvertretung die Erhöhung des Pensionssicherungsbeitrages, die Pensionsanpassung nach § 108 ASVG ab 1.1.2000, die Einführung von Ruhensbestimmungen ab 2001 und die Einführung eines Durchrechnungszeitraumes ab 2003 ausverhandelt.

Im Jahr 2000 wurde vom Nationalrat das Pensionsreformgesetz 2000 welches die Pensionsversorgung der Beamten der Österreichischen Bundesbahnen beinhaltet (Bundesbahn-Pensionsgesetz) beschlossen. Dieses brachte eine Verlängerung der Dienst-

zeit um 18 Monate eine weitere Erhöhung der Pensionssicherungsbeiträge sowie die Neuregelung der Witwen(r)pension (Kürzungsbestimmungen bei eigenem Einkommen). Einer Verfassungsgerichtsbeschwerde wurde positiv beschieden – das Gesetz wegen formaler Mängel aufgehoben – der Nationalrat beschließt daraufhin das Pensionsreformgesetz 2001 welches inhaltlich keine Veränderung erfuhr. Es blieb also bei den Verschlechterungen aus dem Jahr 2000.

Das Budgetbegleitgesetz 2003 brachte dann eine Anhebung des Pensionsantrittsalters auf 61 1/2 Jahre und 42 Dienstjahre. Gleichzeitig wird der Durchrechnungszeitraum beginnend ab 2003 auf 40 Jahre stufenweise (>2003<) angehoben. Und wieder

wurde der Pensionssicherungsbeitrag angehoben.

Das Pensionsharmonisierungsgesetz 2004 beinhaltet die Neuschaffung des Allgemeinen Pensionsgesetzes (APG), die schrittweise Angleichung des Pensionsrechtes an das APG (allerdings ohne Abfertigung), die Berücksichtigung der Schwerarbeiterregelung, die Abschläge bei vorzeitigem Pensionsantritt (4,2% pro Jahr) und die Änderung der Pensionssicherungsbeiträge.

Für das vom Staatssekretär Lopatka heftig kritisierte durchschnittliche Pensionsantrittsalter von 52 Jahren kommen zwei Aspekte in Betracht. Die über eigenes Ansuchen wegen körperlichen oder geistigen Gebrechen pensionierten Beamten. Hier entscheiden jedoch weder die Beamten noch die ÖBB sondern ausschließlich unabhängige Ärzte. Die zweite Möglichkeit ist der zeitliche Ruhestand wenn durch organisatorische Änderungen die Dienstleistung des Beamten entbehrlich wird. Diese organisatorischen Änderungen liegen im Bereich der Österreichischen Bundesbahnen und werden diesen von der jeweiligen Regierung als Eigentümervertreter vorgegeben. Diese Regelung findet man nicht nur bei den ÖBB sondern in ähnlicher Form überall wo unkündbare Mitarbeiter beschäftigt sind.

Insgesamt gesehen gab es also für die Beamten der ÖBB in Bezug auf das Pensionsrecht seit 1997 wesentliche Verschlechterungen bei wesentlich höheren Beitragszahlungen (siehe Tabelle).

Franz Grün
ist Bundessekretär des GLBvda



Dienstnehmerbeiträge	ÖBB				Bundesbedienstete		Privatwirtschaft		
	Beamte	Sonstige	Ruhegenussempfänger	Beamte	Vertragsbedienstete	Angestellte	Arbeiter		
Krankenversicherungsbeitrag	4,75 %	4,75 %	3,82 %	4,90 %	4,10 %	4,10 %	3,87 %	3,82 %	3,95 %
Pensionsbeitrag	10,25 %	10,25 %	10,25 %	4,80 %	12,55 %	11,05 %	10,25 %	10,25 %	10,25 %
Pensionssicherungsbeitrag (max.)	4,80 %	3,30 %	1,00 %	1,00 %					
	15,05 %	13,55 % ¹⁾	5,80 %						
Gesamtabgabe*	23,80 %	22,30 %	18,70 %	10,70 %	17,15 %	15,50 %	17,62 %	18,07 %	18,20 %

Dienstgeberbeiträge	ÖBB		Bundesbedienstete		Privatwirtschaft	
	Beamte	Sonstige	Beamte	Vertragsbedienstete	Angestellte	Arbeiter
Krankenversicherungsbeitrag	4,40 %	3,83 %	3,55 %	3,55 %	3,83 %	3,70 %
Pensionsversicherungsbeitrag	12,55 %	12,55 %	-	12,55 %	12,55 %	12,55 %
Arbeitslosenversicherung	3,00 %	3,00 %	0,00 %	3,00 %	3,00 %	3,00 %
Gesamtabgabe**	27,40 %	26,33 %	9,52 %	25,30 %	26,33 %	26,20 %

1) Beamte, die mit Anspruch auf vollen Ruhegenuss nach dem 1.7.2020 über eigenes Ansuchen in den Ruhestand versetzt werden.
 **) inkl. Arbeitslosenversicherungsbeitrag, Wohnbauförderungsbeitrag, Arbeiterkammerumlage
 ***) inkl. Zusatzbeitrag zur Krankenversicherung für ÖBB-Beamte (2,50 %), Unfallversicherungsbeitrag, Wohnbauförderungsbeitrag, Zuschlag nach IESG (Involuntärrentenversicherungsgesetz), Familienlastenausgleich

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherung, Foto: A. Urban

Wie ein Hamster im Laufrad

Von Helene Friesacher

Seit fast 20 Jahren bin ich bei der Caritas Steiermark vollzeitbeschäftigt. Vor zehn Jahren wurde meine Vollzeitbeschäftigung in zwei Teilzeitbeschäftigungen zu je 50 Prozent aufgeteilt, ich übe also meine Tätigkeit als Sozialbetreuerin in zwei Einrichtungen aus.

Einige Jahre arbeitete ich in einem Beschäftigungsprojekt und in einer Notschlafstelle für Frauen, also einmal mit fixen Dienstzeiten und einmal als Turnusdienst, womit natürlich auch Wochenendarbeit verbunden war. Weil das Projekt Notschlafstelle, wie oft im Sozialbereich, finanziell nicht abgesichert war und ums Überleben rang war Personal knapp und ich musste alle drei Wochen vierzehn Tage durcharbeiten. Damals fiel mir die Belastung durch zwei Dienststellen noch gar nicht so auf, denn ich hoffte auf Änderung um eines Tages wieder nur eine Dienststelle zu haben.

Bei Betriebsausflügen gab es Diskussionen, welche Dienststelle nun wohl dies zu tragen hätte. In den ersten Jahren wurde auch wenig Rücksicht genommen, wie viele Arbeitsstunden ich an einem Tage leistete. Da beide Stellen aber sehr nahe meinem Wohnort waren, fiel mir noch gar nicht auf, dass die Wegzeiten meine Freizeit waren.

Der Arbeitsplatz im Beschäftigungsbereich entstand und entwickelte sich erst durch meine Anstellung. Dadurch war es aber notwendig, die Arbeit so vorzubereiten, dass die KursteilnehmerInnen auch in meiner Abwesenheit ihre Aufgaben erledigen können. Der Arbeitsumfang nahm schlichtweg kontinuierlich zu, ohne dass ich mehr Arbeitszeit dafür aufwenden durfte. Meine Bedenken wurden beschwichtigt, mir geraten, die Arbeit besser zu organisieren.

Zunehmend spürte ich die Belastung durch zwei Dienststellen und begann sie als unangenehm zu empfinden. Ich hatte zwei Teambesprechungen pro

Woche, zwei verschiedene Teams, verschiedene Arbeitsweisen. (Im ersten Jahr dieser doppelten Teilzeitbeschäftigung kam es ein paar Mal zur zeitgleichen Ansetzung der Teamsitzungen, Anwesenheit war obligatorisch. Deshalb stand ich bei der einen Besprechung auf und ging zur anderen, weil keine Einigkeit erzielt werden konnte, wo ich nun fehlen könnte.)

Vor zwei Jahren konnte ich meine Tätigkeit im Beschäftigungsprojekt aufgeben und arbeite nun zu 50 Prozent (19 Wochenstunden) als Wohnbetreuerin. In diesem Bereich (Team ON) gibt es auch fixe Arbeitszeiten. Allerdings wollte man von mir, dass ich viermal pro Woche in die eine und mindestens dreimal pro Woche in die andere Einrichtung gehe. Die Notschlafstelle hatte inzwischen aber ihren Standort gewechselt.

Nun kamen auch noch lange Wegzeiten zur Arbeit. Rund zweimal in der Woche sollte ich vormittags als Wohnbetreuerin und nachmittags in der Notschlafstelle oder auch umgekehrt arbeiten. Die Wegzeiten zwischen den beiden Orten waren aber Freizeit. Ich ging um 6 Uhr außer Haus und kam um 20:30 Uhr oder auch später nach Hause. An Arbeitszeit leistete ich aber nur acht Stunden.

Wochenenddienste gibt es jetzt aber nur mehr ganz selten. Einen Nachtdienst alle 14 Tage und dieser (zwölf Stunden Anwesenheit, Schlafberechtigung, acht Stunden Arbeitszeit) am Freitag, wobei ich am Vormittag drei Stunden in der anderen Einrichtung arbeite. Ich komme dann am

Samstag am Vormittag nach Hause und habe dann schon Bedarf noch schlafen zu müssen.

Vorher hatte ich diese Situation als eine sehr persönliche empfunden, mir wurde oft mitgeteilt, nur ich hätte eine solche Arbeitssituation, gab es in meiner Umgebung auch Kolleginnen, die unter solchen Bedingung arbeiteten und diese unbedingt ändern wollten. Am Anfang hörte ich auch immer wieder, dass Frauen solche Arbeitsbedingung wünschen: Teilzeit, weil sie dann Flexibilität hätten. Diese Meinung gab es auch im Betriebsrat.

Durch die unterschiedlichen Arbeitszeiten muss ich mich aber sehr konzentrieren, welcher Wochentag gerade ist, Ich beginne dreimal pro Woche in der Früh und zweimal später (10 und 12 Uhr), der Nachtdienst erfolgt im 14-Tagesrhythmus. Aber ein Umdenken findet statt. Diese Woche konnte ich vernehmen, dass Teilzeitarbeit nicht immer familienfreundlich ist. Mir selbst ist es gelungen eine tageweise Aufteilung meiner Dienststellen zu erreichen. Ein Abschalten ist dadurch für mich leichter möglich.

Ich kann ich mir nicht vorstellen, dass ich Pflichten in einem Haushalt oder gegenüber Kindern in den vergangenen Jahren hätte wahrnehmen können. Mein Sohn ist erwachsen. Wobei sich eine weitere Frage auftut. Sind das die Arbeitsbedingungen für ältere DienstnehmerInnen? Mir ist es nicht leicht gefallen, dies zu Papier zu bringen. Erinnerungen sind hochgekommen. Denn in diesen Jahren gab es Zeiten, wo ich mir durch den Arbeitsdruck wie ein Goldhamster im Laufrad vorkam.

Helene Friesacher ist Sozialarbeiterin und Betriebsrätin bei der Caritas Steiermark

Scheinheilig

Von Peter Scherz

Bis 2003 gab es die sogenannte „vorzeitige Alterspension für Langzeitversicherte“. Damals konnte man noch mit 37,5 Versicherungsjahren in Pension gehen, wenn man 60 (Männer) bzw. 55 Jahre (Frauen) alt war.

2003 trat die schwarz/blau Bundesregierung mit einer Pensionsreform an, die sie mit der demografischen Entwicklung begründete. Die „vorzeitige“ Alterspension für Langzeitversicherte wurde abgeschafft, die schrittweise Erhöhung des Regelpensionsalters auf 65 für Männer und Frauen beschlossen.

Wie scheinheilig beim Thema Pensionsreform argumentiert wird, zeigt sich anhand folgender Beobachtungen:

- Für die Menschen, deren Lebensarbeitszeit man künstlich verlängert hat, ist gar keine Arbeit da.

- Mit „Hackeln“ hatte die sog. „Hacklerregelung“ nie etwas zu tun. Sie ist nur die Bezeichnung die Abschaffung der vorzeitigen Alterspension für Langzeitversicherte.

- Wer früher in Pension geht - aus welchen Gründen auch immer - muss seit der ÖVP/ FPÖ-Pensionsreform Abschlüge in Kauf nehmen.

Wirtschaftskammerpräsident Leitl fordert, dass jene, die früher in Pension gehen wollen, noch weniger bekommen sollen. Auf eine freie Stelle kommen aktuell 13 Arbeitslose.



Trotzdem will die Wirtschaftskammer verschärfte Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose.

Eines muss uns bewusst sein: Die kapitalistische Wirtschaft braucht Arbeitslose. Sie werden dazu benützt, die Beschäftigten unter Druck zu setzen.

Peter Scherz ist Arbeiterkammerrat des GLB in der Steiermark

Keine Ahnung

Vernichtend ist ein vor kurzem veröffentlichter Prüfbericht über die Cross Border Leasing Geschäfte der Stadt Wien: Dabei hat die Stadt selbst das Kanalnetz im 21. und 22. Bezirk und das Rechenzentrum, die Wiener Linien Straßenbahnen und U-Bahn garnituren unter Ausnutzung damals vorhandener Steuervorteile in den USA an US-Investoren verleast und wieder zurückgeleast.

Bis heute versteht freilich im Rathaus niemand wirklich, welche Verträge man da eigentlich abgeschlossen hat, so das Resümee des Kontrollamtes. Einem Gewinn von 97 Millionen stehen Haftungen von 1,21 Millionen Dollar gegenüber, von Wiener Linien und Stadt Wien wurden die Risiken unterschätzt. Die Stadt ging ausgefuch-

sten Investoren auf den Leim, die das Risiko nach Wien delegierten und selbst den Großteil der Gewinne einstrichen.

Die vom Börsiefieber gepackten Stadtväter mussten sich die Inhalte der Verträge von bestbezahlten Beratungsunternehmen erklären lassen. Die Originale der Verträge liegen in New Yorker Safes und sind nur unter Entrichtung beträchtlicher Gebühren einsehbar. In Wien vorhandene „Execution Copies“ unterscheiden sich zum Teil erheblich von den Originalen.

Da soll noch jemand sagen, die Kritik an den (2004 von der US-Gesetzgebung gestoppten) meist für 99 Jahre abgeschlossenen Cross Border Lea-

sing Verträgen sei unberechtigt gewesen. Der „erfolgreiche Wiener Weg“ (Eigenwerbung SPÖ) hat sich zumindest in dieser Frage eindeutig als Sackgasse erwiesen.



So geschehen im SMZ-Ost

Von Doris Grössinger

Das ewige Leid der kleinen Fraktionen ist es, vor jeder Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahl im Magistrat Wien die für eine Kandidatur nötigen Unterstützungsunterschriften zu sammeln um überhaupt bei der Wahl antreten zu können.

Die Hürde ist sehr hoch, denn gerade im Krankenanstaltenverbund (KAV) werden 234 Unterschriften von Gewerkschaftsmitgliedern benötigt, was sich immer als sehr schwierig gestaltet, da leider sehr viele KollegInnen aus Enttäuschung oder Protest aus der Gewerkschaft ausgetreten sind.

Aber nicht nur diese Austritte machen es mühsam die erforderlichen Unterschriften zu bringen, sondern noch mehr die Boshaftigkeit und Hinterhältigkeit mancher Vorgesetzter und die der ansässigen dominierenden FSG-GewerkschafterInnen.

Eigentlich müsste man das, was sich da so abspielt, gewohnt sein, aber es passieren dann doch immer wieder Situationen, worüber man nur mehr den

schrift bekommen, als wir vor drei Hausarbeiterinnen standen und auch sie um eine solche baten.

Was wir dann zu hören bekamen, erinnerte mich stark an längst vergangene Zeiten: Die drei Hausarbeiterinnen meinten nämlich, sie würden uns ja gerne unterstützen, aber sie hätten Angst. Denn es habe einen Rundruf der Vorarbeiterin gegeben, dass unter Androhung von Konsequenzen keine Unterschrift geleistet werden darf.

Überhaupt ist die Situation der Hausarbeiterinnen im SMZ-Ost eine sehr bedenkliche. Die Frauen haben alle Angst vor der Aufseherin, da die angedrohten Konsequenzen sehr mannigfaltig aussehen können: Urlaube werden nicht bewilligt, Strafversetzung

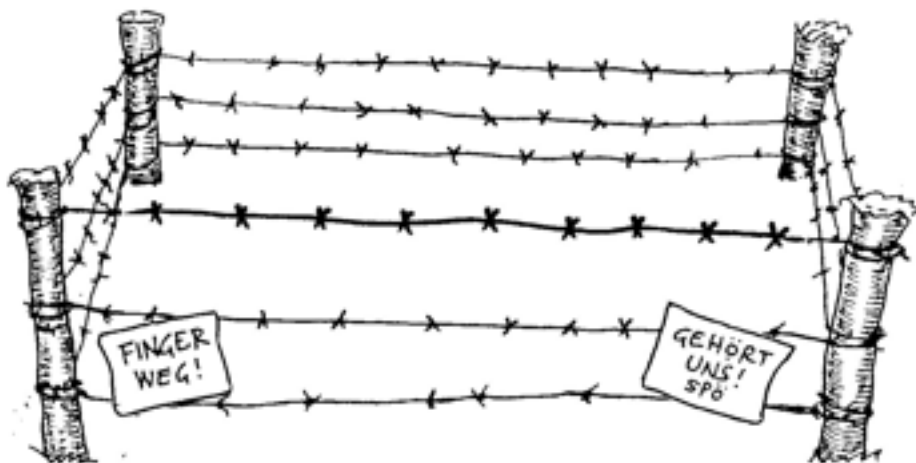
hat diese Frau anscheinend keine Ahnung, denn Angst und Schrecken zu verbreiten um sich den notwendigen Respekt zu verschaffen, das kann es nicht sein was eine Führungskraft ausmacht, diese Tatsache muss endlich einmal hinterfragt werden.

Wie auch immer, nachdem ich das von den Hausarbeiterinnen hörte, spürte ich förmlich wie der Ärger in mir hoch kroch und ich suchte unverzüglich die Vorarbeiterin auf, die diesen Rundruf getätigt hatte. Leider, war sie plötzlich verschwunden und so sprach ich die Aufseherin, die ja die Vorgesetzte der Vorarbeiterin war, auf diesen Vorfall an.

Diese meinte – hochrot im Gesicht – dass wir hier im Haus gar nicht Unterschriften sammeln dürften und dass dies der Gewerkschafter (FSG) gesagt hätte. Ich meinte, sie dürfte sich gerne im Wahlbüro der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten erkundigen, dass diese Vorgangsweise durchaus üblich ist. Weiters sagte ich ihr noch, dass es eine Frechheit ist, MitarbeiterInnen die eine Unterstützungsunterschrift leisten wollen zu bedrohen und sie möge doch bitte der Vorarbeiterin ausrichten, dass es dafür Konsequenzen, in diesem Fall eine Disziplinaranzeige, geben würde. Der GLB kann eine so massive Unterdrückung von Kolleginnen nicht einfach hinnehmen und wird sich gegen solche Methoden zur Wehr setzen.

Doris Grössinger ist politische Sekretärin des GLB-GdG

die Arbeit 2/10



Kopf schütteln kann. So wie am Freitag, den 26. März 2010 im SMZ-Ost.

Drohung von Vorgesetzten

Ich war mit einer Kollegin in diesem Krankenhaus unterwegs um einen kleinen Teil der erforderlichen Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Wir waren schon eine ganze Weile im Haus unterwegs und hatten auch schon von vielen KollegInnen eine Unter-

als Springerin mit äußerst unregelmäßigen Diensten, Mobbing usw. um nur einige Beispiele zu nennen.

Armutzeugnis für Führungskraft

Ja, man kann da sehr erfinderisch sein, um sich den notwendigen Respekt zu verschaffen, wobei es eher ein Armutzeugnis für eine Führungskraft ist, sich auf so eine Art und Weise behaupten zu müssen. Von Mitarbeiterführung

Druck auf Personal wächst

Von Max Müller

Zur Budgetkonsolidierung wird auch die seit Jahren verschleppte Verwaltungsreform angesprochen. Bislang haben die Länderfürsten mit Erfolg jede Infragestellung eines extremen Föderalismus durch neun Landesgesetzgebungen, enorme Parteienförderungen und aufwendige Politapparate abgeblockt.

Umso mehr kommen nach dem Motto „Den letzten beißen die Hunde“ die Gemeinden ins Fadenkreuz der Sanierer. Die Verwaltungsreform der Regierung zielt schlicht und einfach auf die Senkung von Personalkosten. Hans Sampl, Amtsdirektor von Feldkirchen in Kärnten, brachte das mit den Worten „Es wird dem Einzelnen also mehr aufgepackt, es kommt zu einer Arbeitsverdichtung“ sehr treffend auf den Punkt. Und so läuft es auch im Magistrat Linz.

Linz ist mit 612 Euro Kommunalabgabe pro EinwohnerIn – bei einem Schnitt von 400 Euro der Landeshauptstädte – eine vergleichsweise reiche Stadt. Trotzdem hatten die Kämmerer alle Mühe, das Budget für 2010 auszugleichen. Dem zeitgeistigen „New Public Management“ verpflichtet ist Linz zudem Vorreiter bei der Ausgliederung städtischer Einrichtungen.

Bereits 1970 wurden Bäder, Bestattung, Gas, Hafen, Kanal und Wasserversorgung, 1997 dann auch die Friedhöfe und 1999 die Müllabfuhr aus dem Magistrat in die Stadtbetriebe Linz ausgegliedert, die 2000 mit der schon seit ihrer Gründung im Jahre 1880 selbständigen ESG (Stromversorgung, Verkehrsbetriebe) zur Linz AG fusioniert wurde. Bereits 1982 wurde das Wohnungsamt aufgelöst, die Wohnungsvergabe an die GWG übertragen, die 1988 dann auch die damals noch 5.800 Stadtwohnungen übernahm. Immerhin hat die Stadt in den letzten Jahren ihre Anteile von 75 auf 95 Prozent erhöht.

2001 wurde das Krankenhaus aus dem Magistrat ausgegliedert, 2006 in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt. 2004 wurden die Museen, 2006 die Kindereinrichtungen in Betriebsgesellschaften, 2006 die Seniorenheime und 2008 Immobilien und der IT-Sektor in Kapitalgesellschaften ausgegliedert. Im Kultur- und Veranstaltungssektor setzte man von Anfang an auf eigene Gesellschaften wie LIVA, AEC und Design-Center.

Personalkosten unter Druck

Im Budget 2010 sind Kosten für Personal von 110,7 Millionen Euro (2009: 106,7), für Pensionen von 60,0 Millionen Euro (59,3) veranschlagt. Wobei der Anteil für Personal und Pensionen infolge der Ausgliederungen von 40,2 Prozent (1991) auf mittlerweile 21,5 Prozent (2010) des ordentlichen Haushaltes gedrückt wurde und die freiwilligen Sozialleistungen mit 0,7 Mio. Euro seit Jahren stagnieren.

Dazu kommt die Einführung einer Pensionskasse, seit 2002 ein neues Gehaltsschema mit fünf Funktionsgruppen und 25 Funktionslaufbahnen mit einer deutlich flacheren Gehaltskurve und die 2006 erfolgte Reform der Magistratsstruktur. Die Teilzeitquote stieg von 1988 bis 2004 von 8,77 auf 24,74 Prozent.

Im Voranschlag 2010 reduziert sich der Personalstand weiter auf 1.822 Beschäftigte (765 Beamte, 1.057 Vertragsbedienstete) – nicht einmal mehr ein Drittel des Spitzenwertes von 6.324 im Jahre 1997. Dem Trend zu-



folge wird die Zahl der PensionistInnen (2010: 1.604) jene der aktiven Bediensteten bald übertreffen.

1991 entfielen pro Beschäftigten 75.000 Euro Budgetsumme, 2010 infolge Ausgliederungen, Rationalisierungen, Budgetgruppenbudgetierung und mit Anreizen verbundenen Eigenverantwortung der jeweiligen AmtsleiterInnen bereits 356.000 Euro. Gleichzeitig erfolgt eine Umschichtung von Beamten zu Vertragsbediensteten, wobei Linz ohnehin eine der geringsten Pragmatisierungsquoten aufweist. Aus den Augen, aus dem Sinn...

Die Ausgliederungen bedeuten auch den Verlust politischer Gestaltungsmöglichkeiten: Als KPÖ-Gemeinderätin Gerlinde Grönn die Einbringung von städtischen Liegenschaften in die ausgegliederten Gesellschaften AKH GmbH bzw. SZL GmbH ablehnte, versuchte Finanzstadtrat Mayr (SPÖ) dies als „Stärkung des öffentlichen Eigentums“ darzustellen, sprach jedoch bezeichnenderweise selbst nur mehr von einem „indirekten öffentlichen Eigentum“.

Tatsache ist, daß heute der gewählte Gemeinderat bestenfalls Resolutionen an die Vorstände der städtischen Gesellschaften beschließen kann, weil diese nicht mehr zum „eigenen Wirkungsbereich“ gezählt werden.

Max Müller ist Mitglied des Vertrauenspersonenausschusses der Linzer Stadtgärten und GLB-Kandidat bei der PV-Wahl

Privatsphäre ist von gestern

Von Leo Furtlehner

Google und Facebook sind in aller Munde und für viele schier unentbehrlich. Für manche verwischen sich sogar zunehmend die Grenzen zwischen virtuellem und realem Leben und sie meinen gar, ein Mausklick würde genügen um Meinung und Politik zu gestalten.

Aber wie schon Marx feststellte wird die Theorie „zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift“. Das Internet kann eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung spielen, wie die Wahl Obamas zum US-Präsidenten bewiesen hat, die Realität ist dann freilich eine andere.

Vorsicht mit persönlichen Daten

Beim Hype auf Google, Facebook & Co. geht vielfach auch unter, dass hier die Datenhaie unterwegs sind. Das umso mehr, als viele Angebote gratis sind. Aber gratis ist bekanntlich nicht umsonst, alles hat letztlich seinen Preis. Facebook-Gründer Mark Zuckerberg war wenigstens insofern ehrlich, als er frisch heraus erklärte, dass für ihn die Privatsphäre der weltweit bereits 400 Millionen „Friends“ ohnehin nicht mehr existiert.

Wer sich auf Facebook tummelt, sollte demnach vorsichtig sein, welche persönlichen Daten veröffentlicht werden und ob es wirklich schlau ist, Fotos von Besäufnissen oder sonstigen Eskapaden ins Netz zu stellen, über eine lustige Party zu schreiben, wenn man offiziell im Krankenstand ist oder via Internet über Chefitäten zu lästern. Bekanntlich schauen sich heutzutage Personalchefs bei der Prüfung von Bewerbungen zuallererst im Netz um und werden meist auch fündig. Gar nicht davon zu reden, was Mister Zuckerberg und sein Konzern mit solchen Daten treiben.

Zurückhaltung mit Details zur Person, wohlüberlegte Äußerungen – als Faustregel gilt, dass man nur schreibt, was man auch Face to Face sagen kann – und Einstellungen beim eigenen Profil – man muss nicht für „alle“ sichtbar sein – sind jedenfalls angebracht. Freilich ist man heute für manche Personalisten mittlerweile schon verdächtig, wenn die persönlichen Angaben auf Facebook zu spärlich sind...

Google, die Datenkrake

Weniger offen, dafür aber umso datengieriger ist man bei Google, der Nummer eins der Internetsuchdienste. Der Konzern sammelt alles was nur irgendwie über NutzerInnen greifbar ist, um durch Verknüpfung dieser Datenfülle entsprechende UserInnenprofile zu erstellen, die um teures Geld verkauft werden. Das Ergebnis schaut dann etwa so aus, dass bei der Suche nach einem Urlaubsziel gleich passende Angebote von Reisebüros oder bei der Suche nach einem Frauenarzt gleich Babyartikel eingeblendet werden.

Und weil das noch lange nicht reicht, gibt es dutzende Zusatzangebote, die meisten davon gratis, um den UserInnen noch mehr Verhaltensmuster und Daten beginnend mit der IP-Adresse des jeweiligen Computers zu entlocken. So ist Google Mail dafür bekannt, dass der „Große Bruder“ den Inhalt privater Mails maschinell auswertet und Daten nach Löschung

für 60 Tage aufgehoben werden. Eben solche Vorsicht ist beim Angebot von Google Text & Tabellen, einem Office-Programm via Internet geboten. Auf diese Weise erstellte und im Netz deponierte Dokumente sind für Google ausgewertet, wozu man sich sogar eine kryptisch formulierte Zustimmung einholt.

1984 zur Potenz erhoben

Die von George Orwell in „1984“ geschilderte Überwachung oder das was KGB, Stasi & Co. von westlichen Menschenrechtlern immer vorgehalten wurde, sind pure Kinderei im Vergleich zu dem, was heute via Satelliten über die Google Angebote Earth, Maps und Streets quasi Standard ist. Wer da zur falschen Zeit am falschen Ort ist, findet sich umgehend im Netz wieder. Mittlerweile regt sich zunehmend Widerstand von BürgerInnen, wenn ihre Straße oder ihr Haus von einem Google-TV-Wagen gefilmt wird.

Zum Google-Konzern gehört auch YouTube. Damit kann Google auch auswerten, wer sich welche Videos mit Vorliebe anschaut, womit der „gläserne Mensch“ noch stärker durchleuchtet wird. Und mit der gratis angebotenen Google-Suchleiste für Firefox oder Internet Explorer wird die Datensammlung überhaupt perfektioniert. Was die UserInnen als kostenlosen Service sehen dient also dazu, sie nach allen Kräften auszuhorchen und ihr Geld in die Kassen der Konzerne zu lenken.

Demonstration bei FreundInnen

Von Christina Lobnig

Zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus findet auf Initiative des Interregionalen Forums der Europäischen Linken am 8. Mai in Klagenfurt/Celovec eine Demonstration statt, zu der österreichweit sowie interregional, in Norditalien und Slowenien, eingeladen wird.

Der 8. Mai war für das Forum Anlass für ein Projekt (0805), das aus mehr als dem bloßen erinnerungspolitischen Aspekt besteht und eine breite Öffentlichkeit für das Thema Antifaschismus und seiner wieder so notwendigen Inhalte sensibilisieren soll. In (Nach-)Krisenzeiten, wenn ein obwohl in seinen Grundfesten erschütterter Kapitalismus erneut Hyperboni feiert, zeigt sich deutlich, wie sich das System aufrecht hält. So wie eh und je durch Ausbeutung und gnadenlose Umverteilung unter dem Deckmantel, die Krise sei von allen zu kompensieren. Zu einem großen Teil von den LohnarbeiterInnen.

Hier bedarf es keiner Statistik über rückläufige Arbeitsplatzzahlen. Es bedarf lediglich eines Austausches mit Menschen, die lohnabhängig sind. Egal in welchem Bereich, die Ausreden mit der Krise, mit denen Kapitalisten ihre Beschäftigten zwingen flexibel zu sein, kennen keine Grenzen. Extraschichten am Wochenende? Selbstverständlich, zum gleichen Tarif abgegolten, keine überstundenadäquate Freizeitkompensation möglich.

Das Thema Antifaschismus in Gewerkschaftskreisen und das Engagement des GLB beim Projekt 0805 sind ein wichtiges Zeichen an alle LohnarbeiterInnen: Die Abwälzungen der Krisenlasten müssen uns tätig werden lassen. Es gilt eine Lehre aus der Geschichte des Nationalsozialismus zu ziehen. Die extreme Rechte hängt wieder am altbewährten Muster und nutzt die soziale Krise als Stoff für ihre rassistische, sexistische und macht-konzentrierende Politik.

Daher heißt es im Diskussionspapier der Arbeitsgemeinschaft 0805: „Die unteilbaren Menschenrechte, Entscheidungen zu treffen und das Leben selbstbestimmt zu gestalten, sind die Grundlage für Antifaschismus. Seine Umsetzung kann nur mit menschengerechter Politik erfolgen, die allen Menschen auch die Angst vor Freiheit nimmt.“

Unter diesem Leitsatz hat sich in Kärnten ein breites antifaschistisches Bündnis gefunden, zu dem Kulturorganisationen, Fraueninitiativen, Personen und Vereine aus dem slowenischen Bereich, sozialdemokratische, grüne und kommunistische Strukturen gehören. Diese Arbeitsgemeinschaft organisiert sowohl die Demonstration als auch die Konferenz am Vortag.

Denn es geht eben nicht nur um eine reine erinnerungspolitische Manifestation, sondern auch um Forderungen an Land, Bund und EU, die sich gegen die Abwälzung der Krisenlasten nach unten und gegen die Verknüpfung sozialpolitischer mit rassistischen Diskursen richten und für einen Umbau der Gesellschaft auf sozialer, globaler und erinnerungspolitischer Ebene stehen.

Die Auswirkungen zusammenhängender sozial- und gesellschaftspolitischer Aspekte rechter Politik und die damit verbundene Art des Erinnerns (in Kärnten den übriggestrigen Traditions- und Heimatverbänden vorbehalten), werden im Zuge der Konferenz erörtert und diskutiert.



Mit einem „Sieben-Tage-Denkmal“ der Erinnerung an rund 10.000 Menschen – WiderstandskämpferInnen, sowjetische Kriegsgefangene, ZwangsarbeiterInnen, Euthanasieopfer, SlowenInnen, Juden und Jüdinnen, Homosexuelle, Roma und Sinti, Zeugen Jehovas, Deserteure und politisch Verfolgte –, die in Kärnten ihr Leben durch den Naziterror verloren haben, soll ein Gegenpol zur vorherrschenden Art des Erinnerns geschaffen werden.

Der antifaschistische Auftrag, den wir als Staat und jeder für sich erfüllen sollte, muss am 8. Mai 2010 durch eine breite Öffentlichkeit sichtbar werden. Es ist definitiv an der Zeit, die gesellschaftspolitischen (rechten und unsozialen) Verrücktheiten anzuprangern und für einen gesellschaftspolitischen Umbau hin zu einer solidarischen Gesellschaft einzustehen. Nur diese bewahrt uns vor der Entstehung faschistischen und nationalsozialistischen Gedankengutes und ermöglicht uns ein selbstbestimmtes, menschengerechtes Leben.

Christina Lobnig
ist Diplom-Radiotechnologin im
LKH Klagenfurt
Infos und Hinweise: www.0805.eu

Arbeitsrecht-Tipp: Arbeitsverhältnis im Fall der Insolvenz

Von Siegfried Pötscher

Das Unternehmen geht in Konkurs, was passiert mit dem Arbeitsplatz? Die ArbeitnehmerInnen sind verunsichert. Keine Auswirkung auf das aufrechte Dienstverhältnis hat die Insolvenz zunächst nicht. Die Insolvenzeröffnung beendet nicht automatisch das Arbeitsverhältnis.

Im Konkursverfahren besteht das Arbeitsverhältnis weiter. Der Masseverwalter hat die ArbeitgeberInnenrechte und -pflichten wahrzunehmen. Nur der Masseverwalter kann das Arbeitsverhältnis lösen. Neben den arbeitsrechtlichen bestehen auch noch konkursspezifische Lösungsrechte. Die ArbeitnehmerInnen können im Konkursverfahren nur gegenüber dem Masseverwalter (in seiner Funktion als Arbeitgeber) eine Lösung des Arbeitsverhältnisses erklären.

Nach der Eröffnung des Konkursverfahrens wird das Arbeitsverhältnis in der Regel nicht aus arbeitsrechtlichen Gründen, sondern auf Grund besonderer Auflösungsmöglichkeiten beendet. Innerhalb eines Monats kann der Masseverwalter laut Konkursordnung kündigen bzw. die ArbeitnehmerInnen den vorzeitigen Austritt erklären, wenn der Beschluss, mit dem die Schließung

Unternehmens angeordnet, bewilligt oder festgestellt wird, öffentlich in der Insolvenzdatei bekannt gemacht ist.

Auch wenn in der Berichtstagsatzung kein Beschluss auf Fortführung des Unternehmens auf unbestimmte Zeit getroffen wird, dürfen ArbeitnehmerInnen gekündigt werden. Sofern nur die Schließung eines Betriebsteiles oder eines Unternehmensbereiches (Teilschließung) angeordnet wurde, bezieht sich das außerordentliche Kündigungs- bzw. Austrittsrecht nur auf die in diesem Bereich beschäftigten ArbeitnehmerInnen. Hat das Konkursgericht in der Berichtstagsatzung die Unternehmensfortführung auf einstweilen unbestimmte Zeit beschlossen, besteht für die ArbeitnehmerInnen kein außerordentliches Austrittsrecht. Das außerordentliche Kündigungsrecht des Masseverwalters besteht nur für DienstnehmerInnen in einzuschränkenden Bereichen.

Im Ausgleichsverfahren behält der Ausgleichsschuldner im Gegensatz seine Geschäftsfähigkeit, sodass er weiterhin Ansprechpartner für die ArbeitnehmerInnen ist. es ist der Ausgleichsschuldner, der auch nach Ausgleichseröffnung die Rechte und



Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis wahrnimmt. Der Ausgleichsschuldner wird allerdings vom Ausgleichsverwalter überwacht. Wesentliche Geschäfte oder Rechtshandlungen bedürfen der Zustimmung des Ausgleichsverwalters, so unter anderem die Kündigung der ArbeitnehmerInnen. Für die ArbeitnehmerInnen besteht nur dann ein Austrittsrecht, wenn der Arbeitgeber die laufend fällig werdenden nach Ausgleichseröffnung nicht mehr bezahlt.

Im Falle einer Konkursabweisung bleibt das Dienstverhältnis unverändert aufrecht. Es gibt nur die arbeitsrechtlichen Beendigungsmöglichkeiten. Ungeachtet der insolvenzspezifischen Auflösungsmöglichkeiten stehen die arbeitsrechtlichen Lösungsarten auch nach Eröffnung des Konkurs- bzw. Ausgleichsverfahrens zur Verfügung (z. B. Kündigung, einvernehmliche Auflösung, usw.).

Siegfried Pötscher ist GLB-Aktivist in Linz und war früher Voest-Betriebsrat

Arbeitnehmerveranlagung nützen!

Mit Antrag beim zuständigen Finanzamt oder Online können sich Unselbständige über die Arbeitnehmerveranlagung (früher Jahresausgleich) durchschnittlich 200 Euro Steuern zurückholen.

Geltend gemacht werden können bis zu fünf Jahre rückwirkend etwa Absatzbeträge für Unterhaltsleistungen, Nachkauf von Versicherungszeiten, freiwillige Personenversicherungen, Schaffung von Wohnraum, Kirchen-

beiträge oder BreitbandInternetzugänge. Als Werbungskosten werden Spitals-, Kur- oder Begräbniskosten, Kosten für auswärtige Berufsausbildung von Kindern und erhöhte Kosten wegen Behinderung anerkannt.

Geringfügig Beschäftigte erhalten auf Antrag eine Steuergutschrift als „Negativsteuer“ bis zu 110 Euro.

Johanna Dohnal (1939 – 2010)

Am 20. Februar ist Johanna Dohnal unerwartet verstorben. Ihren 71. Geburtstag hat sie nicht mehr erlebt. Die Betroffenheit über ihren Tod ist groß und mischt sich mit den Erinnerungen an ihr weit über ihre Parteigrenzen hinausreichendes Wirken.

Die Frauen haben der SPÖ-Politikerin und ersten Frauenministerin viel zu verdanken. Die Würdigungen nach ihrem Tod beleuchten das weite Spektrum, in welchem sich Dohnal für die Interessen der Frauen einsetzte. Sie war eine Unbequeme, heißt es in vielen Nachrufen. Eine, die den Spagat zwischen Partei, autonomer Frauenbewegung, Frauen verschiedenster politischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge und nicht zuletzt zwischen SP-Fraktion im ÖGB und den Frauen ihrer Partei übte. Dafür musste sie viele Schläge einstecken.

In Erinnerung ist ihr Kampf um Elternkarenz und den Sechsstundentag. 1977, das Familienrecht aus der Postkutschenzeit war bereits reformiert, forderten die Wiener Sozialistinnen auf Dohnals Initiative, die Sozialgesetzgebung partnerschaftlich

anzupassen und den geteilten Karenzurlaub einzuführen. Das stieß bei vielen Gewerkschafterinnen, erst recht bei den Gewerkschaftern und den Sozialpartnern, auf heftige Ablehnung. Durch die Elternkarenz würde ein Recht der Frau beschnitten, es gäbe Probleme mit dem Kündigungsschutz und es bestünde die Gefahr, dass Väter ihre Kinder vernachlässigen, so die Gewerkschaftsseite. Erst 1990 wurde diese Forderung erfüllt.

Ähnlich erging es Johanna Dohnal mit ihrer Initiative zur etappenweisen Einführung des Sechsstundentages und gegen die ÖVP-favorisierte Teilzeitarbeit für Frauen. Im Interesse einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung würde die tägliche Arbeitszeitverkürzung den Frauen mehr bringen als die Verkürzung der Wochenarbeitszeit oder eine Urlaubsverlängerung, so Dohnal.

Die Gewerkschaftspolitik orientierte sich damals und zum Teil auch heute noch am „Normalarbeitnehmer“: Die Gewerkschafterinnen argumentierten – typisch für das Verhalten von Frauen in extrem männerdominierten Institutionen –, dass „Arbeitszeitverkürzung



und Haushaltsführung“ nicht vermischt und dieses Problem nach Branche und arbeitsmarktpolitischer Lage entschieden werden sollte. Und so war die Umsetzung der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in den Gewerkschaftsgremien kein wirkliches Anliegen. Erst mit dem 1979 in Kraft getretenen Gleichbehandlungsgesetz für die Privatwirtschaft wurde begonnen, Frauenlohngruppen aus den Kollektivverträgen zu beseitigen.

Ebenso sahen die Gewerkschafterinnen Ende der 70er Jahre keinen Handlungsbedarf nach Ausweitung der Pflegefreistellung. Die damalige Vorsitzende meinte, irgendeinen persönlichen Einsatz müsse man eben leisten, wenn man Familie habe. Etwas, das Männern nie abverlangt wurde.

Johanna Dohnal begab sich durch ihr engagiertes Auftreten für Fraueninteressen nicht nur auf Konfrontationskurs zu konservativen Parteien, sondern auch zur Gewerkschaft. Sie war eine Vorkämpferin für viele Frauen – auch in der Gewerkschaft. Wir trauern um eine weitsichtige Politikerin und Weggefährtin.

Bärbel Danneberg

Susanne Feigl: Was gehen mich seine Knöpfe an, Johanna Dohnal, Eine Biographie, Ueberreuter, 2002





GLB – Aktiv gegen die Zerschlagung der Post!

ÖFFENTLICHES MEDIUM

Dieses Medium liest der
„OBSERVER“
Österreichs größter Medienbeobachter